DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 148, Samstag, 23. September 2023 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro: 1 Euro für den Verteiler & 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an *Sodenkamp & Lenz* · IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64

Herausgegeben von Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp und Prof. Giorgio Agamben mit Sahra Wagenknecht

AUSSER VOLLZUG



»Wenn man mich deshalb kriminalisiert, weil ich Menschen geholfen habe, dann ist das eben der Preis, den man für die Menschlichkeit zahlen muss.«
– Dr. Heinrich Habig in seinem Schlussplädoyer am Landgericht Bochum. Bild: Monika Felgendreher/Performance for Peace

Dr. Heinrich Habig wurde am Juli 2023 am Landgericht Bochum zu zwei Jahren und zehn Monaten Haft verurteilt. Nun erreichten sein Anwalt Wilfried Schmitz und der breite Prostest der Demokratiebewegung, dass der Haftbefehl »außer Vollzug« gesetzt wird.

Am Donnerstag, den 21. September 2023, soll er kurz nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe und nach über 16 Monaten Gefängnis wieder die Freiheit erblicken. Das Verfahren geht immer noch weiter. Dennoch bejubelt die Demokratiebewegung zurecht diesen Tag. Und vor allem bejubelt sie zurecht Heinrich Habig. Allein bei der Europäischen Arzneimittelagentur EMA wurden mit Stand vom 18. September 2023 bereits 28.251 Todesfälle und 648.866 schwerwiegende Nebenwirkungen im Zusammenhang mit den Corona-Spritzgiften gemeldet. 15.363 schwerwiegende Nebenwirkungen wurden bei Kindern angezeigt. Die Dunkelziffer ist weit höher. – Dennoch lässt Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) am 18. September 2023 neue »angepasste« mRNA-Gifte (siehe Seite 3) auf die Menschen los. Diese sollen zuerst die Alten und Kranken treffen. Die Grenze zum Vorsatz ist weit überschritten.

ZWEI SCHRITTE VOR, EINEN ZURÜCK

Zunehmend gehen Demokraten davon aus, dass die Landtagswahlen in Bayern und Hessen am 8. Oktober 2023 noch abgewartet werden sollen, bevor der nächste »Dark Winter« ausgerollt wird. Erste »Maßnahmen« werden bereits erlassen. »Wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen, was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter – Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt«, gab der EU-Apparatschik Jean-Claude Juncker 1999 freimütig zu.

Gegen diese undemokratische Herrschaft wehren sich immer mehr Menschen (Seite 6). Am 3. Oktober 2023, dem Tag der Deutschen Einheit, kommt in Berlin am Brandenburger Tor die Opposition zusammen. Einzig der Druck des Volkes auf der Straße – also »das große Geschrei«, wie es unsere Herrscher nennen – wird den Wahnwitz aufhalten.

NICHTOHNEUNS.DE

INHALT #DW148

IMPRESSUM | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. Gegründet und entwickelt von Anselm Lenz. | 148. Ausgabe ab Samstag, 23. September 2023. | Redaktionsschluss war am 21. September. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | Förder- und Freundeskreis dieser Wochenzeitung: Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, D-10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. Spenden für die Zeitung sind weiterzuleiten (siehe unten). | Online: demokratischerwiderstand.de

Chefredakteur: Anselm Lenz. Stlv. Chefredaktion: Hendrik Sodenkamp. **Chef vom Dienst:** Klaus Müller. **Redaktion Krieg & Frieden**: Felix Feistel (Ltg.), Ilia Ryvkin, Flo Osrainik. **Sportchef**: Thomas Berthold. **Layout und Satz**: Ute Feuerstacke, Anselm Lenz. **Fotoressort**: Georgi Belickin, Sandra Doornbos, Gerd Danigel, Steve Schramm. **Weitere Redaktionsmitglieder:** Ullrich Mies, Doro Neidel, Torsten Wetzel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Wolfgang Greulich, Johnny Rottweil, Dr. med. Alexander Richter, Prof. Martin Schwab. **Korrektorat**: Stefanie Supé, Barbara Klumpp. V.i.S.d.P. Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperationen**: De Andere Krant, Amsterdam. UFP United Free Press, London. **Verlagsvertragspartner**: Edition du Seuil, Paris. **Herausgegeben von:** Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Prof. Giorgio Agamben mit Sahra Wagenknecht. Co-Herausgeberschaft (ruhend): Batseba N'diaye. Aus Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit seit 17. April 2020. **Verlag**: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Geschäftsführer Hendrik Sodenkamp & Anselm Lenz, Mitglied im VDZ, Verband der Zeitschriftenverleger Berlin-Brandenburg. Amtsgericht Berlin-Charlottenburg HRB224921B, USt-ID-Nr. DE 340880295. **Druck**: Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S •M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden.

NICHTOHNEUNS.DE | Der **5-Punkte-Plan** seit 28. März 2020: **1**. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen auch in Deutschland. **2**. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Nürnberger Kodexes und des Menschenrechtes in Wortlaut und Sinn. **3**. Neuwahlen, Brechung des Parteienprivilegs, imperatives Mandat. **4**. Volksentscheide über alle grundlegenden Angelegenheiten. **5**. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta. **Spenden an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung,** Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung«an Sodenkamp & Lenz, **IBAN:** DE71 1705 6060 0101 0320 64



Gegen den Wind

Der Preis der Republik geht an Artur Helios

LAUDATIO von Hendrik Sodenkamp

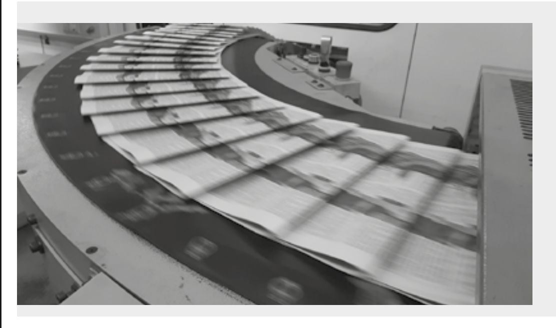
Er ist seit 2020 im Widerstand, musste ein dreijähriges Verfahren erdulden und meldete nun die Großdemonstration am 3. Oktober 2023 in Berlin an. Der westfälische Demokrat Artur Helios setzt sich unermüdlich für die Demokratie ein.

Als Mann mit dem Koffer macht Artur Helios im Jahr 2020 frühzeitig auf sich aufmerksam. Er organisiert Demonstrationen und wird am 1. August 2020 von der Polizei verfassungswidrig von der Bühne gedrängt. Im September 2020 erhält er dann eine Anzeige. Jemand hatte ihn in aller Anonymität verleumdet. Angeblich soll Artur Helios in Dresden auf der Demonstrationsbühne einen Hitlergruß gezeigt haben, als Beweis liegt einzig ein aus dem Zusammenhang gerissenes Foto vor. Die Anzeige erfolgte nicht zufällig. Zunehmend wurde klar, wie groß die Oppositionsbewegung gegen die Coronalüge bereits geworden war. Was es damals brauchte, war eine Verleumdung der bekannten Persönlichkeiten. Die Herausgeber dieser Zeitung sollten verrückt sein, Michael Ballweg ein Reichsbürger und Artur Helios eben eine Nazi. In der ersten Instanz konnte die Anklage keinen einzigen Belastungszeugen vorbringen, selbst die von der Staatsanwaltschaft vorgeladenen Polizisten verwahrten sich dagegen, dass ein Hitlergruß gezeigt worden sei. Dennoch wurde Helios dafür verurteilt. Doch er legte Einspruch ein und hatte nun in der nächsten Instanz Erfolg. Sein Verfahren wurde eingestellt. Einen Freispruch traute sich der Richter anscheinend nicht, obwohl sämtliche Zeugen und Videoaufnahmen die Unschuld Helios bezeugten. Womöglich stand das Urteil gegen Christian Dettmar dem Richter noch vor Augen.

Aber auch mit diesem Urteil endet für Artur Helios der Albtraum der Verleumdung. Aufgegeben hatte er nie. Er organisierte unermüdlich Treffen, Demonstrationen und Initiativen der Demokratiebewegung. Am 3. Oktober 2023, dem Tag der Deutschen Einheit, geht es nach Berlin. Für seine Ausdauer, seinen Mut und seinen Einsatz für Rechtsstaat, Republik und ein demokratisches Deutschland trotz aller Widerstände gebührt Artur Helios Dank, Respekt und der Preis der Republik.

DER PREIS DER REPUBLIK FÜR AUFKLÄRUNG, COURAGE, FREIE DEBATTE, GRUNDGESETZ UND DEMOKRATIE GEHT AN ARTUR HELIOS. DIE AUSZEICHNUNG WIRD SEIT DEM 27. JUNI 2020 VOM UNTERSTÜTZERVEREIN DIESER WOCHENZEITUNG IN FORM EINER MEDAILLE AM BAND VERGEBEN.

Alle Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmermann, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel, Thomas Röper, Dietrich Brüggemann, Henning Rosenbusch, Michael Meyen, Avital Livny, Sabrina Kollmorgen, Gunnar Kaiser, Tom Meert, Julian Assange, Ria Makei, Dr. med. Carola Javid-Kistel, Andreas Schöfbeck, Prof. Dr. med. Harald Matthes, Uli Gellermann, Dr. Paul Brandenburg, Tim Röhn, Prof. Giorgio Agamben, Vera Sharav, Silke Martens, Tom Lausen, Hans-Eberhard Schultz, Christian Kreiß, Susanne Köhler, Général Christian Blanchon, Markus Fiedler, Dr. med. Ronald Weikl, Rolf Kron, Andreas Sönnichsen, Chelsea Manning, Dr. Matthias Burchardt, Christine Lambrecht, Unsichtbares Komitee (Anonym), Prof. Dr. Martin Schwab, unbekannten Verteiler, Eric Clapton, Dr. Gunter Frank, »München steht auf«, Yann Song King, Peter Hahne, Christian Dettmar, Axel Turck, Novak Djokovic, Dr. Daniele Ganser, Marco Rima, Youtuber Weichreite, Jimmy Gerum, Bewegung Zwickau, Tobias Levels, Firat Polat, Prof. Arne Burkhardt, Birger Bär, Ilse Ziegler, Ernst Wolff, Marianne Grimmenstein, Björn Banane, Dr. Heinrich Habig, Uwe G. Kranz, Uwe Steimle, Miro Wichers, Alex Quint & Thomas Schenk, Prof. Dr. Dr. Christian Schubert.



Das Bankkonto dieser Zeitung wurde im April 2023 vonseiten der Bank einfach dicht gemacht. Die zwölfte Kontosperrung innerhalb von drei Jahren. Warum wird das veranlasst? Opposition und Kritik sollen verstummen, »trocken gelegt werden« (Nancy Faeser, Bundesinnenministerin) und spurlos verschwinden. Diese gedruckte ZEITUNG schreibt Geschichte seit #DW1 vom 17. April 2020. Es folgt unsere neue Crowdfunding-Bankverbindung. Danke!

Empfänger: Sodenkamp & Lenz Verlag
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
Verwendungszweck: Crowdfunding DW-Zeitung

DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

Böhmermann & Co dienen sich an

EINWURF von Werner Köhne

Wie kommt es, dass eine mediale Erscheinung wie Jan Böhmermann so viel an öffentlicher Aufmerksamkeit auf sich ziehen konnte?

Egal, wie man Böhmermann bezeichnen will – ob als Kabarettisten, Comedian oder Satiriker – er ist inzwischen zu einem zynischen Irrgänger mutiert, der dabei ist, die letzten Reste eines einst aufklärerischen Profils zu zerstören und der uns allein als Steigbügelhalter der Macht in Erinnerung bleiben wird. Zuletzt bewährte er sich bekanntlich als Politikberater für eine Innenministerin. Welcher Kabarettist konnte das jemals von sich behaupten?

Verwundern sollte nicht, dass in Ländern wie Italien, der Slowakei und der Ukraine Kabarettisten und Comedians in den letzten Jahren zu Regierungschefs aufsteigen konnten. Zufall? – Welche Triebkräfte des Zeitgeistes haben dieses Karriere-Phänomen ermöglicht: die Hochzeit des Satirikers mit dem politischen System.

Fühlen sich inzwischen diese Protagonisten des zweischneidigen (Un-)Humors zur allgemeinen Meinungsführerschaft berufen und entwickeln so eine neue Dialektik politisch-kultureller Wirksamkeit. Momente der Spaßgesellschaft vermischen sich mit der Gier nach Entlarvung und einem missionarisch lustvollen Niedermachen von Gegnern.

Die dazu passende Szenerie liefert indes nicht mehr die Kleinkunstbühne in einem Mainzer Kellergewölbe, sondern der örtliche Lerchenberg, auf dem ein ideologisch verbiestertes *ZDF* thront. Offensichtlich haben sich *ZDF*-Granden und fragwürdige Spaßmacher auf eine gemeinsame Agenda eingeschworen.

Ganz im Gegensatz zu früher, als sich *ZDF*-Redakteure vor den Kabarettbühnen in der unteren Stadt einfanden, um hier das bekrittelt und besungen zu bekommen, was oben auf dem (Zauber-)Berg unter Tabu stand. Mensch, was ham se da gelacht und sich in der richtigen Gesinnung gebadet.

Bekanntlich erlaubten sich einst in feudalen Zeiten die Mächtigen einen Hofnarren, der ihnen einen Spiegel ihrer Schweinereien vorhielt. Heute ist kaum noch übersehbar, dass die Böhmermanns oder die Tugendwächter von der *heute-show* sich der Macht bedingungslos andienen, um missliebige Minderheiten und innere Feinde auszusortieren.

DIE NIEMALS ENDENDEN GEFAHREN VON RNA-IMPFSTOFFEN

Ein Brandbrief | Von Prof. Sucharit Bhakdi, Prof. Karina Reiss und Dr. Michael Palmer

Das Immunsystem erkennt und zerstört Körperzellen, die fremde Proteine produzieren. Das passiert regelmäßig, wenn unsere Zellen von Viren befallen werden. Diese Fähigkeit, Körperfremdes zu erkennen, ist uns mit der Geburt gegeben. Sie schützt uns das ganze Leben lang, weil virusinfizierte Zellen so wirksam entfernt werden.

Dieser angeborene Schutz durch das Immunsystem kann nicht unterdrückt werden. Wird also mRNA, die die Bauanleitung für ein beliebiges körperfremdes Protein enthält, in eine Zelle eingebracht, so wird diese Zelle vom Immunsystem angegriffen werden. Dies ist das verhängnisvolle Problem, das dem gesamten Konzept unterliegt. Die Menge der verpackten mRNA, die mit jeder Injektion verabreicht wird, ist gigantisch. Im ganzen Körper werden Myriaden von Immunangriffen ausbrechen, die erst zum Stillstand kommen, wenn die Produktion des fremden Proteins beendet ist. Wie lange wird das dauern? Nur ein paar Tage, wie die Impfstoffhersteller und die Zulassungsbehörden gerne behaupten?

DIE KATASTROPHE

Im Jahre 2022 wurde eine alarmierende Entdeckung gemacht, die mit dieser Behauptung unvereinbar ist. Sogar noch Wochen nach den Injektionen wurden bei Geimpften Spike-Proteine, die mit Hilfe der RNA-Anleitung hergestellt wurden, entdeckt. Und dieser Verbleib war mit schweren Multiorganentzündungen und oftmals tödlichen Erkrankungen verbunden.

Welchen Grund konnte es für die langanhaltende Produktion eines eher kurzlebigen mRNA-Bauplans für Proteine und für die langlebigen Entzündungen geben? Eine mögliche und äußerst erschreckende Antwort lieferte die jüngste Entdeckung von McKernan und Kollegen (McKernan K., 2023, Sequencing of bivalent Moderna and Pfizer mRNA vaccines reveals nanogram to microgram quantities of expression vector dsDNA per dose). Nach der Produktion von mRNA müssen die Plasmid-DNA-Vorlagen (Anm. Red: Bakterien-DNA, die zur Herstellung von mRNA verwendet wird) entfernt werden, bevor der Verpackungsprozess gestartet wird. Sonst landen die Plasmide ebenfalls in den Fettkügelchen (Anm. Red: Lipid-Nanopartikel, die zum Einschleusen der mRNA in die Körperzellen verwendet werden, Verwendung am Menschen bis 2020 verboten). McKernan berichtete, dass dieser entscheidende Schritt der Entfernung der Plasmid-DNA nicht gewissenhaft durchgeführt worden war. Es wurden große Mengen an Plasmid-DNA in verpackter Form gefunden. Die Verpackung garantierte, wie bei der mRNA, die erfolgreiche Lieferung in unsere Körperzellen. Der Unterschied ist, dass DNA sehr viel stabiler ist als mRNA und über längere Zeiträume als Rezept für die Produktion dienen kann.

Die zelluläre Aufnahme eines funktionellen fremden Chromosoms bedeutet nicht weniger als eine genetische Veränderung. Es ist anzunehmen, dass Menschen, denen diese verpackten bakteriellen Plasmide mit der Impfung gespritzt wurden, dieses Schicksal erleiden. Die Expression jeglichen körperfremden Gens wird einen Immunangriff auf die produzierenden Zellen auslösen. Die fortgesetzte Produktion eines fremden Proteins bedeutet den Tod der Zelle. Dies wird im gesamten Körper geschehen. Es bilden sich Blutgerinnsel, da die Gefäße verletzt werden, und das Gewebe stirbt wegen Sauerstoffmangels ab.

Das Herz ist ein Organ, das tote Zellen nicht ersetzen kann. Wer hat nicht schon von den mysteriösen plötzlichen Fällen von Herztod gehört, die weltweit auftreten? Sie sind nur die Spitze eines Eisbergs. Durch Impfungen ausgelöste Herzkrankheiten stehen auf der Tagesordnung von Jung und Alt. Das zweite Organ, das seine toten Zellen nicht ersetzen kann, ist das Gehirn. Je nachdem, wo der Impfschaden auftritt, kann es zu neurologischen und psychischen Veränderungen kommen. Krankheiten, die gegen den eigenen Körper gerichtet sind (Autoimmunerkrankungen) und einzeln eher selten auftreten, können sich durch die mRNA-Injektion nun gehäuft und gleichzeitig in verschiedenen Organen entwickeln. Dieses außergewöhnliche Zusammentreffen von Schäden wird durch den tragischen Fall eines 14-jährigen Kindes aufschlussreich illustriert, das an einer Multiorganentzündung starb, wie sie noch nie gesehen wurde (Nushida H. et al., 2023).

Hinzu kommt, dass die Impfung in der Lage ist, sowohl die Fruchtbarkeit als auch die Fortpflanzung massiv negativ zu beeinflussen. Die Impfstoffe reichern sich in den Fortpflanzungsorganen an, was die Fruchtbarkeit unmittelbar beeinträchtigt. Die Aufnahme von im Blut zirkulierender RNA und DNA in Zellen der Plazenta kann zu Totgeburten führen. Eine Schädigung der Plazenta kann es den körperfremden Genen außerdem ermöglichen, in den Kreislauf des Ungeborenen zu gelangen.

Die Stammzellen im Blut der Nabelschnur sind nach einer Impfung reduziert und beeinträchtigt und es gibt berechtigten Grund für die Annahme, dass die körperfremden Gene das Ungeborene im Mutterleib erreichen. Außerdem wurde die Verpackung der Impfstoffe in der Muttermilch nachgewiesen. Die Durchlässigkeit des Darms ist in den ersten Wochen nach der Geburt hoch, und es besteht die Befürchtung, dass das Stillen die direkte Übertragung der Impfstoffe auf das Neugeborene ermöglicht. Das würde dazu führen, dass bereits beim Neugeborenen die Selbstmordmechanismen in den Zellen aktiviert werden.

SCHLUSSFOLGERUNG

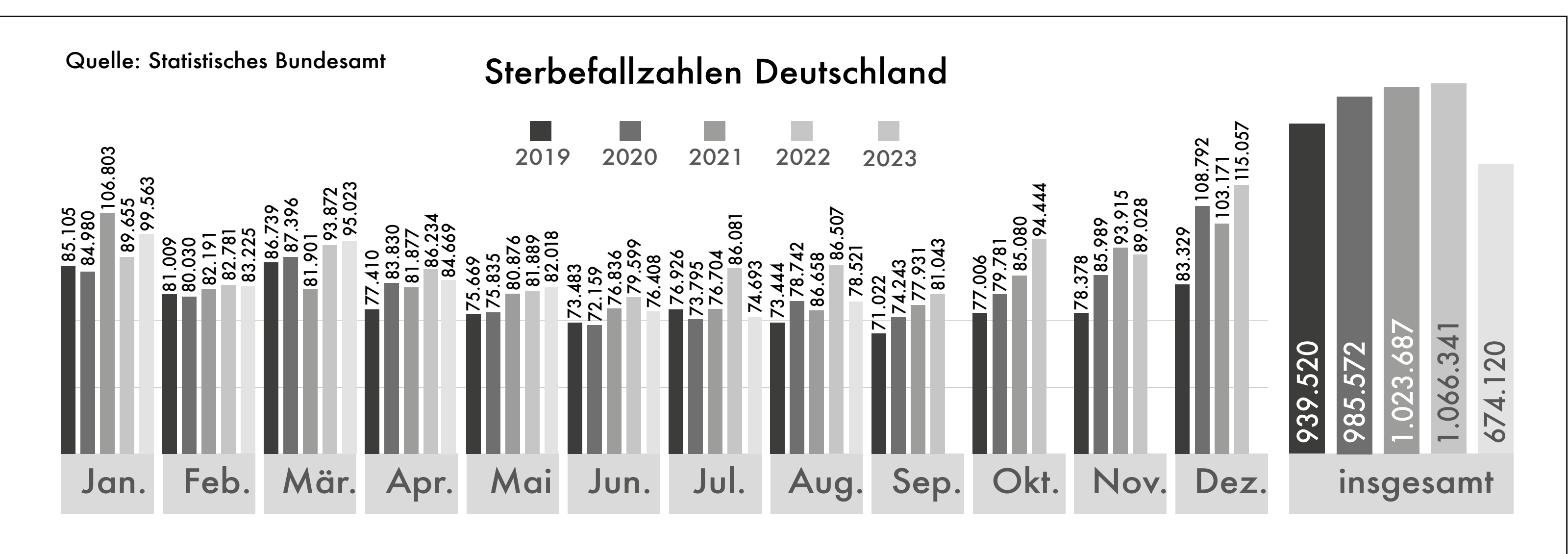
Im Labor ist es möglich, eingeschmuggelte fremde DNA in das Buch des Lebens einzufügen. Wenn dies in geimpften Menschen geschehen sollte, sind die möglichen Folgen unendlich. Eine Störung des fein abgestimmten Netzwerks, das die Zellteilung und Entwicklung steuert, könnte zu Krebs führen. Mutationen in Spermien und befruchteten Eizellen könnten veränderte Eigenschaften vererbbar machen und zur Entstehung von Wesen führen, die vom evolutionären Weg der menschlichen Rasse abgewichen sind. Es muss damit gerechnet werden, dass es durch den Angriff des Immunsystems auf die Zellen, die die Virus-Proteine herstellen, zu einer weit verbreiteten und anhaltenden Schädigung von Geweben und Blutgefäßen kommt. Dieser Angriff erfolgt, weil das Virus-Protein körperfremd ist. Und da jeder weitere neue mRNA-Impfstoff die Herstellung eines körperfremden Eiweißes steuern wird, muss damit gerechnet werden, dass Schäden in ähnlichem Ausmaß immer wieder angerichtet werden. Diese albtraumhaften Szenarien verschlimmern sich mit jeder Auffrischungsimpfung.

Außerdem muss damit gerechnet werden, dass die Verunreinigung von Impfstoffchargen mit Plasmid-DNA (Bakterien-Chromosomen) nicht die Ausnahme, sondern eher die Regel sein wird, da es kein kosteneffizientes Verfahren gibt, um massenhaft hergestellte RNA zuverlässig von Plasmiden zu trennen. Daher ist ein lang anhaltender Autoimmunangriff auf die Zellen bei der Verimpfung von Plasmid-DNA unvermeidlich. – Alle Menschen weltweit müssen sofort aufstehen und alle RNA-Injektionen stoppen!

Dieser Text erschien zuerst auf der Internetseite der kritischen Wissenschaftler- und Ärztevereinigung MWGFD, mwgfd.org, wo er in Gänze und mit vollständigen Quellenangaben einsehbar ist. Für diese Zeitung wurde er behutsam gekürzt. Wir drucken ihn ab, da sich die eigentlich zuständigen Wissenschaftsjournale weigern, die Erkenntnisse und Schlussfolgerungen der verdienten Forscher in angemessener Form zu veröffentlichen.



Ein Demokrat macht am Montag seine Sache klar. Foto: Georgi Belickin/DW



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Oben sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 mit ein, hatten wir 2020 sogar eine Untersterblichkeit.

Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit an. Ebenso zeichnen sich ab 2021 die Schäden der »Corona-Maßnahmen« ab. Im Herbst 2022 und dem Winter 2022/23 wird sogar ein Anstieg der Sterblichkeit von bis zu 20 Prozent verzeichnet. Der Grund: Die Injektionen.
Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

MELDUNG

WEITER GEHT'S

Neu-Delhi/DW. Testpflicht, Isolation, Ausgangssperren. Indische Behörden rufen in der vorangegangenen Woche den *Lockdown* aus. Grund ist eine Ausbreitung des sogenannten Nipah-Virus im südindischen Bundesstaat Kerala. Überträger sollen, nach *tagesschau*-Angaben, Flughunde sein. Behördenangaben zufolge soll die Sterblichkeitsrate 70 Prozent betragen. Pharmamilliardär Bill Gates hatte bereits 2020 angekündigt, dass der nächste Virus »wirklich beeindruckend« sein werde. (hes)

MASKEN FÜR IMMER

Frankfurt a. M./DW. Die Uniklinik Frankfurt führt zum Herbst erneut eine Maskenpflicht für Krankenhausmitarbeiter ein. Die Klinikleitung begründet diesen Schritt Medienberichten zufolge nicht mit einer einzelnen Erkrankung, die es zu verhindern gilt. Stattdessen wird ein leitender Krankenhausfunktionär mit den Worten zitiert: »Es ist eine Präventionsmaßnahme zum generellen Schutz vor saisonalen Infektionskrankheiten.« (hes)

Verunglimpfung des Staates

Warum man den FC Bayern München oder die Deutsche Bahn beleidigen darf, den »Drecksstaat« allerdings nicht und warum der Paragraph 90 a StGB abgeschafft gehört | Von Rechtsanwalt Gordon Pankalla

Über die Änderung des Paragraphen 140 StGB, die Billigung von Straftaten, hatte ich bereits berichtet. Wegen der Konturlosigkeit dieses Paragraphen sehen zahlreiche Juristen bereits Probleme, ob die Strafdrohung des Tatbestands rechtsstaatlich überhaupt zu legitimieren ist.

Nun macht ein anderer Straftatbestand (erneut) »von sich reden«: Paragraph 90a StGB, die Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole. Ein Student, der während der Corona Krise seine Oma besuchen wollte und dies nicht durfte, war darüber so verärgert, dass er die Bundesrepublik Deutschland einen »Drecksstaat« nannte und dafür zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Das deutsche Strafrecht kennt allgemein keinerlei kollektiv Beleidigungen, demnach ist es straffrei, wenn man sagen würde: Der FC Bayern München ist ein Dreckverein oder die Deutsche Bahn ein Dreckshaufen. So aber nicht, wenn es um den Staat geht.

Das Reichsstrafgesetzbuch (RStGB) von 1871 hatte noch lediglich Bestimmungen zur Beleidigung des »Landesherrn“ und von „Bundesfürsten« enthalten. Erstmals wurde die »nichtpersonalisierte Staatsform« in der Weimarer Republik durch das Gesetz zum Schutz der Republik geschützt. Im Jahre 1932 wurden dann durch die »Verordnung zur Erhaltung des inneren Friedens« verschärfte Bestimmungen in das RStGB aufgenommen.



Keine Delegitimierung sondern klare Kante: Am 16. September 2023 in Göttingen. Foto: Georgi Belickin/DW.

Immer wieder wird die Forderung nach einer Abschaffung des Paragraphen 90a StGB erhoben. Teile der Rechtswissenschaftler begründen diese Forderung damit, dass eine zweckrationale Rechtfertigung des Tatbestands als Staatsschutznorm nicht gelinge. Andere Juristen sehen eine Streichung als kritisch und meinen, der Staat stünde dann jeglichen gegen ihn und seinen Bestand gerichteten Äußerungen tatenlos gegenüber. Eine streitbare und wehrhafte Demokratie könnte es nicht hinnehmen, wenn sie gezielt bekämpft werde. Beispiele für eine Strafbarkeit nach Paragraph 90a StGB gibt es viele, insbesondere in den Anfangsjahren der BRD: Die Bezeichnung der BRD als »Coca-Cola-Bude«, in der »Korruption, Verrat und Eidbruch« herrschen (BGH 1952), die Bezeichnung der BRD als »Unrechtsstaat« (BGH 1955), die Behauptung, in der BRD herrschten »Lüge, Rechtslosigkeit und Terror« und in ihr würden »Verbrecher und Vaterlandsverräter« regieren (BGH 1961) sowie die Bezeichnung der Bundestagswahlen als »Betrugsmanöver« (VGH Mannheim 1976). Seit Ende der 70er-Jahre verfestigte sich dann aber eine Rechtsprechung, wonach die Staatsverunglimpfung nach Paragraph 90a StGB im Lichte des Artikel 5 Grundgesetz (Meinungsfreiheit) restriktiv ausgelegt wurde. Haben wir es also mit einer Entwicklung zu tun, die zurück zu der strengen Auslegung der 60er-Jahre will?

Nein, dies glaube ich nicht. Für mich passt das Urteil viel mehr ins Bild der sogenannten Corona-Justiz. Wollte man jeden bestrafen, der den Ausdruck »Drecksstaat« benutzt hatte, hätten die Gerichte viel zu tun – dazu muss man den Begriff nur mal bei Google eingeben. Warum der bayrische Student zu 1.500 EUR Geldstrafe verurteilt wurde, ist offensichtlich: Weil er sich gegen die Corona-Politik der Regierung ausgesprochen hat. Oder glauben Sie, dass ein Klima-Aktivist verurteilt worden wäre, wenn er den Staat als »Drecksstaat« bezeichnet hätte, weil der Umweltschutz seiner Ansicht nach nicht schnell genug vorankommen würde? Wohl kaum! Der (Rechts-)Staat reagiert, wie es mir scheint, bei Corona Kritik besonders dünnhäutig.

Anders als dem einzelnen Staatsbürger kommt dem Staat aber kein gesonderter grundrechtlich geschützter Ehrenschutz zu. Der Staat hat grundsätzlich auch scharfe und polemische Kritik auszuhalten. Die Zulässigkeit von Kritik am System ist vielmehr Teil des Grundrechtestaats. Die Schwelle zur Rechtsgutverletzung ist in meinen Augen erst dann überschritten, wenn aufgrund der konkreten Art und Weise der Meinungsäußerung der Staat dermaßen verunglimpft wird, dass dies zumindest mittelbar geeignet erscheint, den Bestand der BRD, die Funktionsfähigkeit seiner staatlichen Einrichtungen oder die Friedlichkeit in der BRD zu gefährden. Dies hat der Student aus Bayern aber nicht getan. Deshalb würde ich ihm raten, gegen das Urteil Rechtsmittel einzulegen.

Der Staat soll die Rechte der Bürger schützen. Darunter fällt auch ihre Freiheit, auf den Staat zu schimpfen, genauso wie über Bayern München oder die Deutsche Bahn. Nun wird diese Strafnorm dafür genutzt, bestimmte politische Aussagen zu unterdrücken, wenn sie nicht in das Weltbild des Richters passen. Daher sage ich: Paragraph 90a StGB gehört endgültig abgeschafft.



Gordon Pankalla ist Demokrat und Rechtsanwalt in der Stadt Köln.

Fake-News werden immer dreister: Jetzt stimmen im ZDF nicht einmal mehr die Fußball-Ergebnisse

Neues aus Absurdistan: Der satirische Wochenrückblick | Von Klaus Müller

Liebe Leser, jetzt kann man dem ÖRR nicht einmal mehr die Ergebnisse der Fußball-Bundesliga glauben. Das *ZDF-heute-journal* vermeldete am Freitag vor einer Woche einen 2:1-Sieg des FC Bayern im Spitzenspiel gegen Bayer Leverkusen, dabei endete die Partie unentschieden 2:2. Kann mal passieren? In normalen Zeiten sicher, aber bei all den *Fake-News* und der Propaganda, die im Staatsfernsehen seit einigen Jahren verbreitet werden, wird es jetzt wirklich langsam absurd. In der DDR war das Westfernsehen einst verboten. Eine gute Idee, aber ich frage mich, wer sich diesen Mist überhaupt noch anguckt?

Maischberger, Will & Co wird es egal sein, ob jemand einschaltet. Schließlich lässt sich von den Zwangsgebühren auch bei sinkenden Einschaltquoten fürstlich leben. Wie *Business Insider* berichtet, erhält beispielsweise Anne Wills Produktionsfirma, die Will Media GmbH, deren alleinige Geschäftsführerin Anne Will ist, pro Sendeminute 4.100 Euro von der ARD, macht pro Jahr rund 7,5 Millionen Euro. Verdient ist verdient. Bloß kein Neid, wir können ja dankbar sein für diese stets ausgewogen besetzte *Talkshow*, in der seit jeher viele unterschiedliche Meinungen – auch Coronaspritzenkritiker, Friedensbefürworter, Klimaleugner und andere Nazis – zu Wort kommen.

Am Donnerstag, 14. September, löste das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe bundesweit eine Probewarnung aus. »Unsere Warnsysteme haben den Stresstest bestanden«, wurde anschließend stolz verkündet. Ich frage mich nur: Wovor wurde eigentlich gewarnt? Für bevorstehende Katastrophen war der Testlauf wohl eher nicht gedacht. Was im Juli 2021 im Ahrtal schon nicht klappte, wird in einem Deutschland, in dem alles den Bach runtergeht, sicher künftig ebenfalls nicht funktionieren. Vielleicht wollte man per Sirenengeheul und schrillem *Smartphone*-Alarm einmal mehr nur die Bürger stressen. Oder handelte es sich etwa um eine Warnung vor der Ampel-Regierung? Die ist leider immer noch da – und darf sich über einen satten Geldregen freuen. Jedenfalls muss man davon ausgehen, dass die AfD der Regierung einen nicht gerade geringen Betrag überwiesen haben dürfte, anders ist die Wahlwerbung der Ampel für die AfD ja kaum zu erklären: Dikt..., äh, Demokratie-Verfechterin Nancy Faeser fordert ein Wahlrecht für Flüchtlinge. Eine gute Idee – jedenfalls wenn man soziale Unruhen provozieren möchte. Manche fragen sich ja schon länger, ob ein Bürgerkrieg von der Politik gewollt ist.



Propaganda, nun auch noch falsche Fußball-Ergebnisse, aber Maischberger, Will & Co scheffeln dank GEZ-Zahler Millionen Euro: Das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit der öffentlich-rechtlichen Zwangsmedien ist für viele Menschen schon lange irreparabel zerstört. Foto: Commons

Der Elefant im Porzellanladen, Spitzendiplomatin Annalena Baerbock, träumt möglicherweise gar von noch Größerem. Warum ein Bürgerkrieg, wenn man auch den Dritten Weltkrieg haben kann? Anders sind ihre Äußerungen auf *Fox News* bezüglich China kaum zu erklären. Da bezeichnete die Grüne, die bereits Russland den Krieg erklärt hatte, Chinas Präsidenten Xi Jinping doch glatt als »Diktator«. Viel mehr Provokation geht nicht. Die Chinesen teilten mit, die Aussagen der deutschen Außenministerin seien »extrem absurd«. Ob sie dort in Asien schon von Baerbocks Äußerungen über 360-Grad-Wenden oder Kobolde in E-Batterien gehört haben? Dann wüssten sie ihr jüngstes *Statement* vermutlich besser einzuschätzen. »Extrem absurd« ist bei ihr nämlich völlig normal.

Amüsant auch, dass Baerbock bei ihrem USA-Trip eine kurze Strecke mit dem Bus

➔ Weiterlesen auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

zurücklegte, während sie den Regierungsflieger leer hinter sich herfliegen ließ. Der riesige CO2-Fußabdruck, den sie hinterließ, juckt sie nicht weiter. Warum auch? Wer sich über ein derartiges Verhalten noch wundert, soll bitte weiterschlafen. Klimasünden sind nur bei den Bürgern von Belang. Wasser predigen, Wein saufen: Dafür liefert unsere Politkaste fast stündlich neue Beispiele. Aber ein Schamgefühl kennen diese Leutchen schon lange nicht mehr. Oder anderes gesagt: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt es sich ganz ungeniert.

Deutschland flog gerade mit einer riesigen Delegation zur UN-Hauptversammlung nach New York. Wie *Bild* und *Welt* berichten, ging die Ampel in die Offensive, um international für ihre Klimaschutzaktivitäten zu werben. Zwei Staatssekretäre gaben eine Pressekonferenz auf Englisch in der Hoffnung, dass die Weltpresse darüber berichtet. Doch nur sieben Journalisten kamen – allesamt aus Deutschland. Nun, jeder blamiert sich, so gut er kann.

Die EU berät derzeit laut *Bild* über einen neuen Regulierungshammer. Diesmal sind Millionen Autofahrer betroffen. Ein erster Gesetzesentwurf sieht erhebliche Einschränkungen für Fahranfänger und Senioren vor. So sei u.a. ein Senioren-Führerschein mit Ablaufdatum geplant. Na ja, Ziel ist ohnehin, dass kaum noch jemand Auto fährt. Dazu passt: Das sogenannte Deutschlandticket für 49 Euro erhält man jetzt in einigen Kommunen, etwa in Lübeck, gratis, indem man einfach seinen Führerschein abgibt. Es gibt sicher Menschen, die auch darauf wieder reinfallen werden. Vermutlich dieselben, die sich einst bei ihrer Coronaspritze eine Bratwurst abgeholt haben. Wie hieß doch der Spruch, den Arzt Dr. Michael Spitzbart im DW-Interview (Ausgabe 147) zitierte: »Die Maus ist tot, weil sie nicht verstand, warum der Käse gratis war.«



Klaus Müller war viele Jahre als Sport- und Musikredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.



ZUGANGSBESCHRÄNKUNGEN BEI GERICHT REINE WILLKÜR

KOLUMNE RECHTSSTAAT
Von Prof. Dr. Martin Schwab

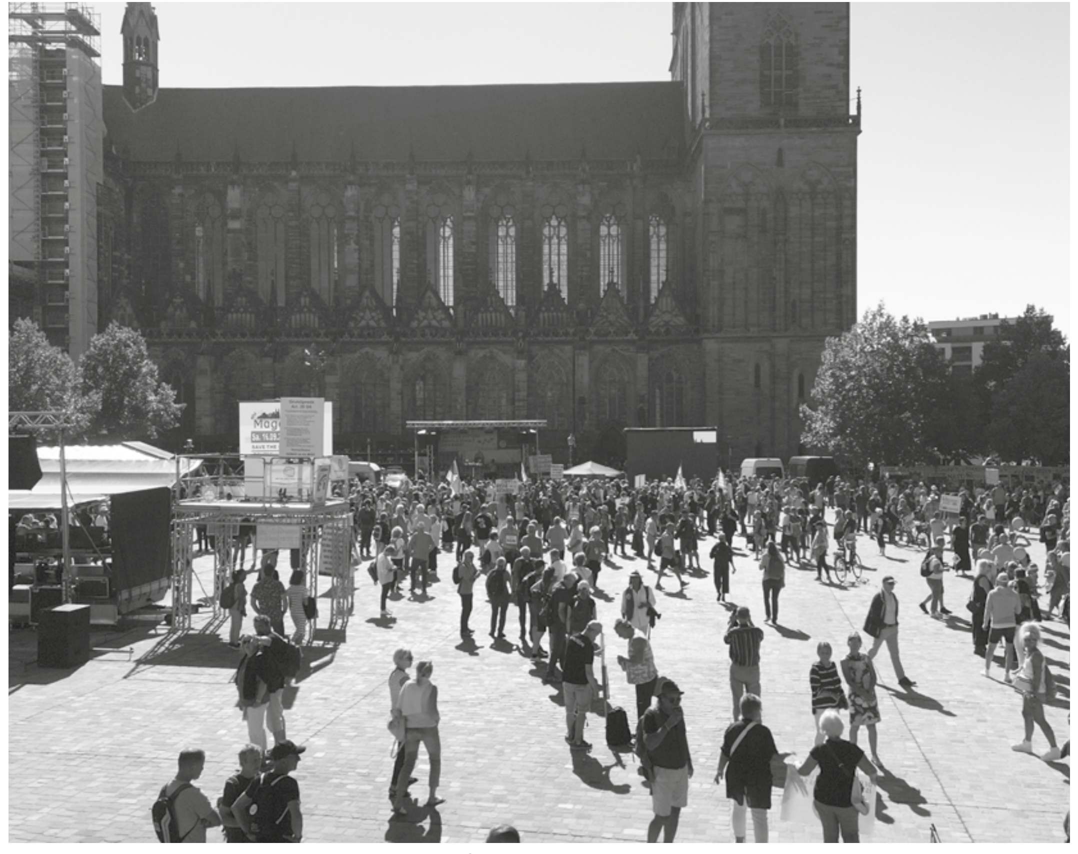
Bei Prozessen mit Corona-Bezug gehen die Gerichte zunehmend dazu über, Personen zu schikanieren, die den mündlichen Verhandlungen als Zuschauer beiwohnen möchten.

Bereits vom Prozess gegen den Recklinghausener Arzt Dr. Heinrich Habig berichteten mir die Anwälte, dass am Eingang die Personalausweise der Zuschauer einbehalten und fotokopiert wurden. Gleiches erlebe ich jetzt als Verteidiger der früheren Intensivkrankenschwester Sabrina Kollmorgen, die vor dem Amtsgericht Berlin/Tiergarten wegen angeblichen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte in drei Fällen angeklagt ist. Am zweiten Verhandlungstag kam dann auch noch heraus, dass sich die Anordnung, Ausweise zu kopieren, nicht aus der Sicherheitsverfügung des Richters ergab. Handelten also die Justizwachtmeister aus eigenem Antrieb?

Angeblich geschah dies, um bei Störungen sitzungspolizeilich gegen deren Verursacher vorgehen zu können. Mit der gleichen Begründung ließ das Amtsgericht Wolfenbüttel jüngst die Ausweise von Zuschauern kopieren, die der Verhandlung gegen eine Frau beiwohnen wollten, die ihrerseits wegen Gebrauchs eines falschen Masken-Attests angeklagt war.

Die Praxis, Ausweise zu kopieren und jenen, die sich dem verweigern, den Zutritt zu einer öffentlichen Gerichtsverhandlung zu verwehren, ist rechtswidrig. In Paragraph 20 Abs. 2 Satz 1 Personalausweisgesetz heißt es: »Der Ausweis darf nur vom Ausweisinhaber oder von anderen Personen mit Zustimmung des Ausweisinhabers in der Weise abgelichtet werden, dass die Ablichtung eindeutig und dauerhaft als Kopie erkennbar ist.« Wenn jemand der Ablichtung zustimmt unter der Androhung, andernfalls nicht als Zuschauer zugelassen zu werden, handelt es sich um keine Zustimmung im Sinne dieser Vorschrift. Denn diese »Zustimmung« ist nicht freiwillig erteilt, sondern dem Ausweisinhaber abgenötigt worden.

Die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) ist ebenfalls verletzt. Ihre Geltung scheitert nicht an Art. 2 Abs. 1 lit. d) DSGVO. Denn die Daten der Zuschauer werden nicht zum



Auch Sabrina Kollmorgen sprach am 16. September 2023 auf dem Magdeburger Domplatz vor Tausenden Demokraten. Sämtliche Redner luden zur Großdemo am 3. Oktober 2023 nach Berlin. Foto: Peter Foest/Brandenburg TV

Zwecke der Strafverfolgung verarbeitet. Allenfalls käme die Bereichsausnahme »Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit« in Betracht. Dazu müsste der Nachweis geführt werden, dass Zuschauer von Corona-Prozessen den störungsfreien Ablauf der Verhandlung gefährden. Dafür gibt es indes keine Belege. Insbesondere das *Framing* als »gewaltbereite Corona-Leugner« und »radikalisierte Querdenker« durch die Konzernmedien ist als Beleg völlig ungeeignet.

Also muss das volle Programm des DSGVO eingehalten werden:

- Das Gericht hat von sich aus eine Datenschutzerklärung abzugeben (Art. 13 DSGVO), aus der sich u. a. ergibt, auf welcher Rechtsgrundlage und zu welchem Zweck der Ausweis kopiert wird und wer innerhalb des Gerichts von den Daten Kenntnis erlangt.

- Der Grundsatz der Datenminimierung ist einzuhalten (Art. 5 Abs. 1 lit. c DSGVO). Damit ist es nicht vereinbar, wenn die Personalien sämtlicher Zuschauer präventiv unter dem Generalverdacht aufgenommen werden, sie könnten vielleicht den Verhandlungsablauf stören. Es genügt mit anderen Worten, wenn jenen, die tatsächlich die Verhandlung stören, aus Anlass der Störung die Vorlage des Personalausweises abverlangt wird.

- Die Praxis, den Zutritt zu einer Gerichtsverhandlung von der Bereitschaft abhängig zu machen, den eigenen Ausweis kopieren zu lassen, hat dramatische Auswirkungen auf die Freiheiten natürlicher Personen. Wer seinen Ausweis in die Hände des Gerichts gibt, muss befürchten, dass er bei Gericht bereits als Sympathisant von Gegnern der Corona-Maßnahmen aktenkundig wird und er damit selbst in den Fokus einer Staatsgewalt gerät, die jenen Gegnern gegenüber seit dreieinhalb Jahren ihre maximale Feindseligkeit zeigt. Diese Befürchtung kann Interessierte davon abschrecken, einer Gerichtsverhandlung beizuwohnen. Folglich ist eine Datenschutz-Folgenabschätzung 8 Art. 35 DSGVO) geboten.

Damit steht zugleich fest, dass die Anfertigung von Ausweiskopien als Voraussetzung für den Zutritt zu Gerichtssaal einem teilweisen Ausschluss der Öffentlichkeit gleichkommt. Folglich ist Paragraph 169 GVG verletzt.

Am ersten Verhandlungstag im Prozess gegen Sabrina Kollmorgen (11. September 2023) durfte trotz warmer Außentemperaturen nicht einmal Wasser in Plastikflaschen mitgenommen werden. Und mitschreiben durfte auch niemand. Lediglich Pressevertretern war ein Bleistift gestattet. Ein Zuschauer musste ein T-Shirt mit der Aufschrift »Was bei Affenpocken hilft, ist Selbst-Denken« ausziehen – obwohl er es unter einem Pullover trug. Einer Zuschauerin wurde am zweiten Verhandlungstag (18. September 2023) verwehrt, die Schachtel mit ihren Tabletten mit in den Gerichtssaal zu nehmen. Wovor um alles in der Welt hat die Justiz Angst? Und wovor hat sie dann aber *keine* Angst? Am 11. September 2023 wurde im selben Gebäude Clan-Kriminalität verhandelt – zeitgleich mit dem Prozess gegen Sabrina Kollmorgen. Ohne Sicherheitsverfügung. Verkehrte Welt im besten Deutschland aller Zeiten.

MELDUNG

RICHTERIN MIT KLARBLICK

Bad Kissingen/DW. Freispruch für Soldaten in Spritzenprozess. Die zuständige Richterin des unterfränkischen Amtsgerichts Bad Kissingen sprach am 12. September 2023 einen Soldaten vom Vorwurf der Gehorsamsverweigerung frei. Dieser hatte sich nicht mit den Corona-Spritzen vergiften lassen wollen. Ihr Urteil begründete die Richterin unter anderem mit den bekannt gewordenen Nebenwirkungen. (hes)

EUROPÄER SEHEN KLAR

Paris/DW. Die Mehrheit der Europäer glaubt nicht, in einer Demokratie zu leben. Dies geht aus einer Studie hervor, die vom französischen Politikwissenschaftler Pierre Bréchon geleitet wurde und im Juni 2023 erschien. Nur ein Drittel der Europäer geht demnach davon aus, dass ihr Land demokratisch regiert wird, und nur 20 Prozent sind mit der Funktionsweise des politischen Systems zufrieden. Dabei halten 92 Prozent die Demokratie für ein gutes oder sehr gutes politisches System. Die Studie belegt, dass die in Deutschland gewonnene Erkenntnis vom Zustand der Politkaste in ganz Europa vorherrschend ist. (hes)

BRANDMAUER GEGEN BLACKROCK FÄLLT

Erfurt/DW. Im thüringischen Landtag kam am 14. September 2023 eine von der CDU initiierte Steuersenkung mit Stimmen der Oppositionsparteien FDP und AfD durch. Gegen die Stimmen der rot-rot-grünen Minderheitsregierung. AfD-Chef Tino Chrupalla äußerte dazu: »CDU und AfD haben in Thüringen die Brandmauer eingerissen.« Teile der AfD wollen mit der *Lockdown*-Spritzen-Nato-CDU/CSU unter Friedrich *Blackrock* Merz unter jedem Preis eine Regierung bilden. (hes)

POLIZEI WILL GEFÜHLE SCHÜTZEN

Lübeck/DW. Nach einer Massenschlägerei in der Lübecker Innenstadt mit arabischen Übertiteln am Freitag, 15. September 2023, wollte die Polizei eine im Internet kursierende Videoaufnahme der Vorfälle verbieten. »Es reicht, wenn die richtigen Stellen die Wahrheit sehen und ermitteln«, so die Polizei Schleswig-Holstein am 16. September 2023 auf der Klatsch-und-Tratsch-Plattform X, vormals Twitter. Sogar mit Strafverfolgung wurde bei Zuwiderhandlung gedroht. Gegen diese Zensur regte sich umgehend massiver Widerstand. (hes)

OHNE RUSSEN GEHT ES NICHT

Erfurt/DW. Der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linkspartei) schlägt wegen immer weiter steigender Flüchtlingszahlen Alarm. Sein Bundesland sei »am Limit«, hieß es am 21. September 2023. Die klaren Töne wurden durch ein Geraune des dortigen Innenministers begleitet. Hinter den steigenden Flüchtlingszahlen stecke eine weißrussisch-russische Verschwörung zur Destabilisierung Deutschlands, heißt es. (hes)



Leuchtturm ARD - ORF - SRG

BERLIN: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Masurenallee
BRANDENBURG: Mittwoch 15.00 • Märkische AZ • Neustädt. Markt
BREMEN: Donnerstag 17.00 • Radio Bremen • Am Markt 2
DESSAU: Montag 18.00 • Mitteldt. Zeitung • An der Friedensglocke
DORNBIRN - A: Donnerstag ab 14 • ORF Vorarlberg • Rundfunkplatz 1
FRANKFURT: Donnerstag ab 15 • HR Studio • Bertramstr. 8
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Studio • Rothenbaumchaussee 132
HAMBURG: Donnerstag ab 17 • NDR Tagesschau • Hugh-Greene-Weg 1
HANNOVER: Donnerstag ab 17 • NDR Funkhaus • Rudolf-v.-Bennigsen Ufer 22
HEIDELBERG: Montag 18.00 • SWR Regional • Bimarckplatz
KASSEL: Mittwoch 11.30 • Radio FFH • Friedrich-Ebert-Str. 46
KIEL: Donnerstag 16.00 • NDR Studio • Schlossplatz 3
KLAGENFURT – A: Dienstag 11.00 • ORF Kärnten • Fromillerstr. 20
KONSTANZ: Montag 18.00 • SWR Regional • Münsterplatz
KÖLN: Donnerstag 17.00 • WDR Studio • Appellhofplatz 1
LEIPZIG: Montag 19.00 • MDR Sachsen • Augustusplatz
LÜBECK: Montag 17.45 • NDR Media • Docks Behnkai
MAGDEBURG: Montag 18.00 • MDR Sachsen • Eulenspiegelbrunnen
MÜNCHEN: Mittwoch ab 19 • BR Hochhaus • Hopfenstr. 5
PLAUEN: Montag 17.00 • MDR Regional • Wendedenkmal
POTSDAM: Donnerstag ab 18 • RBB Studio • Marlene-Dietrich-Allee 20
SAARBRÜCKEN: Donnerstag ab 16 • SR Saarland • St.-Johanner-Markt
SCHÄRDING – A: Dienstag 19.00 • Bezirksrundschau • Schiffsanlegestelle
SCHWEINFURT: Sonntag 18.00 • BR Regional • Am Marktplatz
SCHWERIN: Donnerstag ab 15 • NDR Landesstudioy • Schlossgartenallee 61
SIEGEN: Montag 18.00 • WDR Regional • Jakob-Schreiner-Platz
WIEN - A: Sonntag 11.30 • ORF Wien • Heldenplatz
WIESBADEN: Samstag 13.00 • Wiesb. Kurier • Schulgasse/Neugasse
WOLFSBURG: Samstag ab 11 • Wolfsb. Nachr. • Hugo-Borg-Platz
Zeltweg – A Montag 18.00 Steirer Kronenzeit. Hauptstr. 16

IMMER MONTAGS!

ALTLANDSBERG, 18 Uhr, am Rathaus – ALTWARMBÜCHEN, 18 Uhr, am Rathaus, – ANGERMÜNDE, 18 Uhr, am Marktplatz – ARNIS, 18 Uhr, Schifferkirche – ATTENDORN, 18 Uhr, am Rathaus – BAD LANGENSALZA, 19 Uhr, vor dem Teeladen – BERLIN- KARLSHORST, 18.30 Uhr, Treskowalle Apotheke – BERLIN-LICHTENBERG, 18 Uhr, am Ringcenter 2 – BIBESHEIM, 18 Uhr, am Rathaus – BÜRGEL, 18 Uhr, am Schützenhaus –DARMSTADT-ARLHEILGEN, 18 Uhr, am Löwenplatz – DINGELSTÄDT, 19 Uhr, am Rathaus– EINBECK, 18 Uhr, am Till Eulenspiegel Brunnen – ELMSHORN, 18.30 Uhr, am Rathaus – FREIGERICHT, 18.30 Uhr, am Rathaus – FRITZLAR, 18.00 Uhr, am Marktplatz – GANDERKESEE, 18 Uhr, am Rathaus – GLASHÜTTEN, 18 Uhr, am Bürgerhaus – GRIMMEN, 18 Uhr, am Kulturhaus Europas – HAMMERSBACH, 18 Uhr, am Rathaus – HOFGEISMAR, 18 Uhr, am Rathhaus – LANGENSELBOLD, 18.30 Uhr, am Marktplatz – LIPPSTADT, 18 Uhr, am Rathausplatz – NEUBRANDENBURG, 19 Uhr, am Marktplatz – OESTRICH-WINKEL, 18 Uhr, am Marktplatz – ORANIENBURG, 18 Uhr, am Schlossplatz – PFEDELBACH, 18 Uhr, am Rathaus – PLÜDERHAUSEN, 18 Uhr, am Marktplatz – RÖBEL, 18 Uhr, am Rathaus – SELIGENSTADT, 18.30 Uhr, am Kapellenplatz.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum	Ort	Art
Sa, 23.9.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 23.9.2023 11-16:50 Uhr	Berlin, S-bhf Wollankstraße	Autokorso
Sa, 23.9.2023 11-14 Uhr	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung
Sa, 23.9.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 23.9.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bockenheimer Anlage	Friedensdemo
Sa, 23.9.2023 14-19 Uhr	Freiburg, am Konzerthaus	Fahrradkorso
Sa, 23.9.2023 15-16 Uhr	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergang
Sa, 23.9.2023 14:30-18 Uhr	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug
Sa, 23.9.2023 15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 23.9.2023 16-19 Uhr	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang
So, 24.9.2023 14:30-17 Uhr	Köln, Heumarkt	Kundgebung
Mo, 25.9.2023 19-20:30 Uhr	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 19-20:30 Uhr	Amberg, Am Markt	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Anger/Oberbayern, Dorfplatz7.20	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Augsburg, wechselnde Startpunkte (bf-schwaben.de)	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 19-21 Uhr	Bad Bergzabern, am Schloss	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-21 Uhr	Bad Homburg, Rathausvorplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Bad Reichenhall, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-19 Uhr	Balingen, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-21 Uhr	Bautzen, Kornmarkt	Mahnwache
Mo, 25.9.2023 19-20 Uhr	Bayern, Florian-Geyer-Brücke	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 19-20:30 Uhr	Bayern, Marktoberdorf am Marktplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 19-21 Uhr	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18:30-21 Uhr	Berlin-Karlshorst, Treskow Apotheke	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Berlin-Lichtenberg, Frankfurter Allee- am Ringcenter II	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 12-14 Uhr	Berlin-Wedding, Nordufer 20	Mahnwache
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Bernau, Rathaus	Demoaufzug
Mo, 25.9.2023 18:30-21 Uhr	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner/Bandhausstr.	Aufzug mit Abschlusskundgebung
Mo, 25.9.2023 16-18 Uhr	Brandenburg an der Havel, auf dem Märkischen Platz	Schilderdemo
Mo, 25.9.2023 19-21 Uhr	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang
Mo, 25.9.2023 18-21 Uhr	Delmenhorst, Kiosk an der Graft	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 19-21 Uhr	Dinslaken, am Rittertor	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-21 Uhr	Duisburg, Rathaus am Burgplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-21 Uhr	Eberswalde, im Bildungszentrum, Puschkinstr.13	3. Runder Tisch Corona Aufarbeitung
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung
Mo, 25.9.2023 18:30-19 Uhr	Eichwalde, Bahnhofstr./Am Graben	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Falkensee, alte Stadthalle	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20:30 Uhr	Frankfurt am Main, Konstablerwache	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18:30-21 Uhr	Gifhorn, Schillerplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18:30-21 Uhr	Görlitz, Postplatz	Versammlung
Mo, 25.9.2023 19-21 Uhr	Greifswald, am Markt	Demo
Mo, 25.9.2023 19-21 Uhr	Hamburg, Blankeneser Marktplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-21 Uhr	Hamburg, Bergstedter Markt	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Hameln, am Hochzeitshaus	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18:30-20 Uhr	Heidelberg, am Bismarckdenkmal	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-19:30 Uhr	Jülich, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18:30-20:30 Uhr	Kaiserslautern, Innenstadt	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-21 Uhr	Kaufungen, am Kreisel	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Augustinerplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Konstanz, Münsterplatz	Demoaufzug
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Korschenbroich, Eingang Stadtverwaltung	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-21 Uhr	Köln, Roncalliplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-21 Uhr	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-19 Uhr	Leipzig, Augustusplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 19-21 Uhr	Lippstadt, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-21 Uhr	Magdeburg, Domplatz	Demo
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18:30-21 Uhr	Mindelheim, Maximilian Straße 26	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-19:15 Uhr	Minden, an der Martinitreppe beim Rathaus	Demo
Mo, 25.9.2023 19-20:30 Uhr	Naumburg, Vogelwiese	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 19-21 Uhr	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18:30-20:30 Uhr	Nürnberg, Kornmarkt	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Oldenburg, Rathausmarkt	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache
Mo, 25.9.2023 19-21 Uhr	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-21 Uhr	Reinheim, Stadtpark	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 16:30-17:15 Uhr	Rostock, Stadthafen	Schildermahnwache
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Rotenburg an der Fulda, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Rottweil, Markt	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Salzwedel, am Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 19-21 Uhr	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo
Mo, 25.9.2023 18-21 Uhr	Senftenberg, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Siegen, Jakob-Scheiner-Platz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18:45-20:15 Uhr	Solingen, Am Neumarkt	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-19 Uhr	Spremberg, Nettoparkplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 17:30-19 Uhr	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo
Mo, 25.9.2023 18-21 Uhr	Stralsund, Olof-Palme-Platz	Kundgebung und Aufzug
Mo, 25.9.2023 18-19 Uhr	Sulz am Neckar, Marktplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18:30-21 Uhr	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18:30-20:30 Uhr	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 19-20:30 Uhr	Weimar, Theaterplatz	Demo
Mo, 25.9.2023 17:30-19 Uhr	Werder(Havel), Plantagenplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 18-21 Uhr	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo
Mo, 25.9.2023 18-20 Uhr	Wismar, Markt	Versammlung
Mo, 25.9.2023 18:30-21 Uhr	Wolfenbüttel, am Rathaus	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 19-20 Uhr	Würselen, Morlaixplatz	Spaziergang
Mo, 25.9.2023 19-21:30 Uhr	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung
Di, 26.9.2023 18-21 Uhr	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang
Di, 26.9.2023 18-20 Uhr	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang
Di, 26.9.2023 18-20 Uhr	Varel, Rathaus	Spaziergang
Di, 26.9.2023 19-21 Uhr	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang
Di, 26.9.2023 19-21 Uhr	Wolgast, Am Kai	Demoaufzug
Mi, 27.9.2023 19-21 Uhr	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang
Mi, 27.9.2023 18:30-21 Uhr	Huckarde, am Marktplatz	Spaziergang
Mi, 27.9.2023 17-19 Uhr	Landshut, Martinikirche	Andacht
Mi, 27.9.2023 19-21 Uhr	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo
Mi, 27.9.2023 18-21 Uhr	München, Odeonsplatz	Umzug
Mi, 27.9.2023 19-21 Uhr	Naumburg (Saale), Vogelwiese	Offenes Mikrofon
Mi, 27.9.2023 18-19:30 Uhr	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen
Mi, 27.9.2023 19-20:30 Uhr	Neckartailfingen, Schulhof Liebenauschule	Spaziergang
Mi, 27.9.2023 18-20 Uhr	Obernkirchen, am Marktplatz	Demo
Mi, 27.9.2023 19-20:30 Uhr	Schulzendorf, Rathaus (Richard-Israel-Str.)	Spaziergang
Mi, 27.9.2023 18-21 Uhr	Zwickau, auf dem Hauptmarkt	Kundgebung
Do, 28.9.2023 18-21 Uhr	Baunatal, am Marktplatz	Spaziergang
Do, 28.9.2023 19-21 Uhr	Bebra, Rathausmarkt	Spaziergang
Do, 28.9.2023 17:30-18:30 Uhr	Berlin, Tempelhofer Damm/ Ecke M.-v.-Richthofen-Str.	Schilderdemo
Do, 28.9.2023 18-21 Uhr	Demmin, Am Marienhain	Demo
Do, 28.9.2023 15-18 Uhr	Frankfurt, Bertramstr. 8	Mahnwache
Do, 28.9.2023 17:30-19 Uhr	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache
Do, 28.9.2023 19-21 Uhr	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang
Do, 28.9.2023 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang
Do, 28.9.2023 17-18:30 Uhr	Rostock, Brunnnen der Lebensfreude	Kundgebung
Do, 28.9.2023 19-21 Uhr	Warstein, am Rathausplatz auf der Treppe	Dialog
Fr, 29.9.2023 18-20 Uhr	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo
Sa, 30.9.2023 17-20 Uhr	Augsburg, Ladehofstraße	Umzug
Sa, 30.9.2023 15-19 Uhr	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Demo und Umzug
Sa, 30.9.2023 15-18 Uhr	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft
Sa, 30.9.2023 13-18 Uhr	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
Sa, 30.9.2023 18-20 Uhr	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang
Sa, 30.9.2023 15:15-17 Uhr	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
Sa, 30.9.2023 15:30-18 Uhr	Pforzheim, Marktplatz	Demo
Sa, 30.9.2023 15-17 Uhr	Rostock, Rosengarten	Kundgebung und Aufzug
Sa, 30.9.2023 14-19 Uhr	Wuppertal, Geschwister- Scholl-Platz	Demo und Aufzug
Mo, 2.10.2023 17-20 Uhr	Darmstadt, Ludwigsplatz	Mahnwache
Di, 3.10.2023 10-22 Uhr	Berlin, Brandenburger Tor	GROßDEMO
Mi, 4.10.2023 18-20 Uhr	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de • NEWSLETTER ABONNIEREN



FÜHRUNG BEGINNT MIT DER RICHTIGEN FRAGE

KOLUMNE FREUND UND HELFER

Von Thomas Willi Völzke

Vor rund drei Jahren hielt Bundespräsident Steinmeier anlässlich des 30. Jahrestags der Deutschen Einheit eine Rede und sagte u. a.: »Ja, wir leben heute in dem besten Deutschland, das es jemals gegeben hat.« Dieser Wahrnehmung konnte und kann man sich eventuell immer noch anschließen, muss man aber nicht.

Es lohnt jedoch, für eine Bewertung dieser Aussage sich die Rede des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker vom 24. Mai 1989 anlässlich des 40. Jahrestags des Inkrafttretens des Grundgesetzes in Erinnerung zu rufen. Hier einige Passagen aus seinen Ausführungen: »Der Rechtsstaat wurde zur Rechtsgemeinschaft, zur Einrichtung der Bürger füreinander. Auf das Verlangen der Menschen nach gesicherter Freiheit gab das Grundgesetz überzeugende Antworten. […] Der demokratische Rechtsstaat […] schärfte […] unser Bewusstsein dafür, dass Recht Recht bleiben muss, dass Verbrechen Strafe fordert, dass aber auch Recht menschliches Recht ist und menschlich angewandt werden muss. […] Die Verfassung ist weder Orakel noch Motor der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht schaffen oder erneuern kann. Dazu gehören auch die allgemeinen ethischen Überzeugungen. […] Die Verfassung […] ist wehrhaft und wertehaft angelegt, aber sie ist kein ewig sprudelnder Wertebrunnen für ethische Dürrezeiten. […] Wir haben eine gute Verfassung. Aber es wäre doch eine oberflächliche Feierlichkeit ohne die ernsthafte Frage an uns: Sind wir in einer guten Verfassung?«

Richard von Weizsäcker hatte uns Leitgedanken für eine bestimmte Vorstellung zum Verständnis dieser zentralen Äußerung gegeben. Und die war mit der benannten Frage des Führens in allen denkbaren Gebieten verknüpft. Insbesondere in den Bereichen unserer Teilgewalten – sowohl in vertikaler als auch in horizontaler Ebene – müssen sich die Verantwortlichen stets die Frage stellen, ob wir noch in einer guten Verfassung sind. Und hierzu gehören erst recht die Mitglieder der fünf Verfassungsorgane: Bundespräsident, Bundestagspräsident (Genus, nicht Sexus), Bundesregierung, Bundesrat und Bundesverfassungsgericht. Stimmen Verfassungsanspruch und Verfassungs-wirklichkeit noch überein oder ist aktuell eine Kluft zu realisieren, die nicht mehr hinnehmbar ist?

Lösungsorientiertes Handeln beginnt mit der richtigen Fragestellung sowie dem Aussprechen der Dinge, die sich real ereignen. Führung kann nur gelingen, wenn weder dramatisiert noch beschönigt wird.

Informationen zu den Polizisten für Aufklärung und weitere Texte finden Sie unter www.echte-polizisten.de

DIE SCHANDE VON GÖTTINGEN

INTERVIEW mit Michael Schele, Mitorganisator einer Demonstration in der niedersächsischen Stadt | Von Hendrik Sodenkamp



Maskenfans applaudieren Oberbürgermeisterin Petra Broistedt (SPD) dafür, am 16. September 2023 in der Stadt Göttingen unbehelligt Feuer legen zu dürfen. Foto: DW/Georgi Belickin

DW: Göttingen am vergangenen Wochenende – was war da los?
Michael Schele: Ich organisiere mittlerweile seit Jahren Demonstrationen, aber so etwas habe ich noch nicht erlebt. Mit einer Gruppe von Leuten, die sich über die vielen Versammlungen kennengelernt hat, haben wir am Samstag, den 16. September 2023, eine Demonstration in Göttingen organisiert. Die Stadt hatten wir ausgesucht, weil sie in der Mitte Deutschlands liegt, also gut erreichbar ist und somit Anreisende nicht unbedingt dort übernachten müssen, weil sie es am selben Tag wieder nach Hause schaffen. Bereits am 1. April 2023 hatten wir dort demonstriert, was recht gut geklappt hat. Dieses Mal sollte es jedoch anders sein.

DW: Inwiefern?
M.S.: Anscheinend haben einige durch unsere Mobilisierung im Vorfeld große Angst bekommen, so dass eine sogenannte Gegendemonstration organisiert wurde. Dort sprach auch die Oberbürgermeisterin von Göttingen, Petra Broistedt (SPD). Nach ihrer Rede wurde offen von der Bühne aufgerufen, unsere Demonstration zu blockieren. Wie üblich unter der verleumderischen Behauptung, den Nazis nicht die Straße zu überlassen. Dass eine Order von oben kam, war von Anfang an spürbar. Die Polizei ließ gleich zu Beginn Wagen mit Equipment nicht auf das Startgelände, dann durften mehrere Wagen nicht losfahren, obwohl sie genehmigt worden waren. Aus der sogenannten Gegendemonstration flog eine Rakete auf uns, die einen Busch in Brand setzte.

DW: Vorzeichen auf das, was kommen sollte?
M.S.: Es waren erheblich weniger Polizisten vor Ort als noch im April, obwohl wir mehr Menschen erwarteten. Der Order der Einsatzkräfte, dass nur ein Lautsprecherwagen mitfahren durfte, beugten wir uns, weil sonst gar nichts hätte stattfinden können. Auf dem Weg passierten wir häufig ohne Polizeischutz die Gegendemonstration, die anscheinend aus dem ganzen Bundesgebiet Leute heran gekarrt hatte und aggressiv auftrat. Gemüse und Böller flogen, die Polizei reagierte nicht, obwohl wir sie darauf ansprachen. Unsere Teilnehmer waren sehr erfahren und blieben gut gelaunt, ruhig und ließen sich nicht provozieren. Richtig körperlich angegriffen wurden wir aber nicht, obwohl die Polizei dafür den Raum ließ. Man wollte anscheinend sehen, dass aus unseren Reihen gegen die harschen Provokationen Gewalt ausgeübt wird. Immerhin war der *NDR* da



Demo-Mitorganisator Michael Schele beruhigt mit Humor die Situation. Foto: DW/Georgi Belickin

DW: Wie weit kamen Sie?
M.S.: Nur ein Stück, dann mussten wir anhalten, weil erst die Straße von den Demonstranten gesperrt und dann sogar eine Barrikade auf der Straße entzündet wurde. Ein Feuerwehrwagen stand schon bereit, löschte aber nicht. Es war auch bemerkenswert, dass an genau diesem Ort Material dafür bereit stand und die Polizei dies nicht im Vorfeld entfernte. Über das Mikrophon machte ich Witze, entspannte auf unserer Seite die Situation. Die Polizei leitete uns nun auf eine Ausweichroute, die sich dann ganz überraschend als Sackgasse herausstellte. Ein kritischer Ladenbesitzer dort berichtete uns später, dass er bereits Tage zuvor von Beamten die Anweisung erhalten hatte, sein Geschäft am Demotag zu schließen. Das Ausweichen in die Sackgasse war demnach anscheinend geplant.

DW: Wie reagierten Sie?
M.S.: Wir gingen zurück zum Ausgangspunkt und konnten dort nach Diskussionen mit der Polizei eine Endkundgebung abhalten. Die Gegendemonstration zerstreute sich und unsere Teilnehmer konnten sicher nach Hause gehen. Die gesamte Demonstration wurde von Gängelungen der Polizei begleitet. Leute wurden nicht zur Demo gelassen oder an unmöglichsten Stellen festgehalten. Angeblich wären nicht genügend Beamte zu unserem Schutz vor Ort gewesen, tauchten dann aber massenhaft auf, als wir den Rückweg antraten. Es wirkte so, als habe die Oberbürgermeisterin aktiv dafür gesorgt, dass unsere angemeldete, friedliche und demokratische Demonstration nicht stattfinden könne.

DW: Man spricht bereits von der »Schande von Göttingen«.
M.S.: Sehr treffend. Wir prüfen rechtliche Schritte und schauen, wann wir den nächsten Anlauf in Göttingen unternehmen. Für Demokratie muss man kämpfen. Es kann nicht sein, dass eine Oberbürgermeisterin im Verbund mit angekarrten Ideologen und brennenden Barrikaden eine angemeldete und friedliche Demonstration verhindert.

DW: Herr Schele, wir danken Ihnen für das Gespräch.



Der Vorsitzende der Polizisten für Aufklärung, Björn Lars Oberndorf, sprach ebenfalls in Göttingen. Das Verhalten seiner Kollegen sollte bei ihm Kopfschütteln hervorrufen. Foto: DW/Georgi Belickin



DIESE WOCHENZEITUNG

VERTEILEN, AUSLEGEN, VERKAUFEN

WARUM?

• Der »Demokratische Widerstand« erscheint wöchentlich seit dem 17. April 2020.

• Mit der gedruckten Zeitung erreichen wir Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspresse ausgeliefert sind.

• Verteilen Sie den Widerstand, halten Sie andere auf dem Laufenden und klären Sie auf: beim Spazierengehen, in Briefkästen, im Geschäft, im Betrieb, in der Fußgängerzone.

• Die Zeitung ist analog, somit auch von *Big Tech* unabhängig und unzensierbar.

• Nach dem Kollaps der Presse: Bauen wir gemeinsam eine neue Wochenzeitung in deutscher Sprache auf.

WIE KOMMEN SIE AN DIE ZEITUNGEN?

• Geben Sie doch einfach auf **demokratischerwiderstand.de/verteilen** die Adresse an, an die wir die Zeitungen liefern sollen. Wir geben Ihre Daten nicht weiter. Wenn Sie kein Internet nutzen, fragen Sie jemanden, dem Sie vertrauen, ob er das für Sie erledigen kann.

• Wählen Sie aus, wie viele Zeitungen Sie verteilen wollen. Nicht übertreiben.

• Überweisen Sie die anfallenden Unkosten für Druck, Versand und Steuern.

• Bei der Überweisung schreiben Sie in das Betreff-Feld noch einmal Ihren Namen und Ihre Anschrift, damit wir Ihre Zahlung sicher zuordnen können.

• Jeder Zahlungseingang wird einer Bestellung zugeordnet.

• Zahlungseingänge werden bis einschließlich Montag für den Druck und Versand der kommenden Zeitung berücksichtigt. Spätere Eingänge werden automatisch der darauffolgenden Ausgabe zugeordnet.

• Beim Verteilen erhaltene Spenden gehen an den Verteiler. Bei größeren Summen freut sich die Redaktion über einen Anteil, der ihr zusteht. Hier bereichert sich niemand.

IN DIE OFFENSIVE: SONDERAUSGABE DW#150

Für die Ausgabe 150 dieser Zeitung organisieren wir aus gegebenen Anlass eine große Verteileroffensive. Diese Zeitung erreicht von Beginn an Menschen, die sonst nur der Konzern- und Regierungspropaganda ausgesetzt sind.

Für diese Ausgabe arbeiten wir dezidiert den Corona-Komplex auf. Zu Wort kommen werden Dr. Gunter Frank, Ernst Wolff, Peter Hahne uvm. Über die Internetseite demokratischerwiderstand.de/verteilen können Sie diese Zeitung bestellen.

Geben Sie bei der Überweisung im Verwendungszweck neben der Versandadresse auch das Stichwort »OFFENSIVE 150« an, damit wir die Bestellung für diese Sonderausgabe zuordnen können.

BESTANDS= AUFNAHME

Die Journalisten und Medienentwickler Kayvan Soufi-Siavash (KenFM, Apolut.net) und Anselm Lenz (DW-Zeitung, S&L Verlag) treffen sich zur Bestandsaufnahme. Diesmal: Einige Zeilen von A.L. zur Lage der neuen Friedens- und Demokratiebewegung.

Liebe Leser!

Wir agieren mit dem Mut der Couragierten, der Verleumdeten, der Verfemten, der Gefolterten und derer, die im Deutschland der Gegenwart mit dem Rücken zur Wand stehen (sollen). Wir werden nicht weichen. Bitte unterstützen Sie JETZT die Originale (alle Originale!) der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020. Dies kann in unserem Fall geschehen durch Hilfe zum Beispiel für die wahnhafte Flut an Prozessen per Überweisung an

Name: Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
IBAN: DE71 1705 6060 0101 0320 64
BIC: WELADED1UMP
Verwendungszweck: Crowdfunding und Prozesskosten

Mein Kollege Hendrik Sodenkamp und ich spüren, dass wir inhaltlich und strukturell immer weiter wachsen. Wir hatten bis dato auf ganzer Linie Recht. Wir glauben daran, dass die Wahrheit sich durchsetzen wird. Aber nicht bei der Frage nach Namen in der Herausgeberzeile (siehe Seiten 12 und 13). Sondern bei der Frage danach, wieviel Terror wir Menschen über uns ergehen lassen, und ob wir nicht lieber in einer echten Demokratie leben wollen.

Manchmal frage ich mich: »Was wäre eigentlich, wenn dieser Staat einfach komplett weg wäre? Ginge es uns wirklich so viel schlechter? Würden wirklich Einbrecher, Warlords und Konzernoligarchen das Land übernehmen? Haben sie das nicht schon längst? Stellen Sie sich mal diese Frage nach dem Staatsapparat und beantworten Sie sich in aller Ruhe. Die Antwort darauf ist in jedem Falle interessant, denn damit beantworten Sie sich die Frage, wie eine legitime demokratische Gesellschaft verfasst wäre und was wir im Gegensatz dazu gegenwärtig mit unseren »Verantwortlichen« (also »denen da oben«) zu beobachten und erleiden haben, weil diese Leute es so wollen. Selbstverständlich: Wegen der »Verantwortung«.

Mehr zur DW-Akademie im Rundbrief (siehe NichtOhneUns.de) und in den kommenden DW-Ausgaben. Mehr Bestandsaufnahme auf apolut.net und demokratischerwiderstand.de/presseklub.

»Ilses Rückgrat ist so stabil wie ein ganzer Eichenwald!«

Preis-der-Republik-Trägerin Ilse Ziegler sitzt seit Montag wieder im Gefängnis. Der DW sprach mit ihrem Lebensgefährten Klaus Schwarz | INTERVIEW von Klaus Müller

Ende Juli hatte die Ingolstädterin Ilse Ziegler eine Ladung zum Antritt einer Ersatzfreiheitsstrafe erhalten. Es ging um eine Geldstrafe in Höhe von rund 1.200 Euro, zu der sie im Mai verdonnert worden war, weil sie einen Gerichtsvollzieher, der bei ihr vor der Türe stand, gefilmt hatte. Der Staatsdiener hatte bei ihr ein Bußgeld für einen angeblichen Maskenverstoß aus August 2020 eintreiben wollen, obwohl die 54-jährige Tankstellen-Kassiererin aufgrund einer Erkrankung keine Maske tragen konnte (DW berichtete u. a. in den Ausgaben 123 und 143). Ilse Ziegler weigerte sich, die Strafe zu zahlen: »Dieser korrupte Staat bekommt keinen Cent von mir.« Nach einem 20-tägigen Aufenthalt in der JVA München im November 2022 wurde sie nun ein zweites Mal eingesperrt ...

DW: Herr Schwarz, Sie haben uns freundlicherweise auf Bitte Ihrer Lebensgefährtin Ilse Ziegler informiert, dass diese am Montag, 18. September, von der Polizei festgenommen wurde und nun in Haft sitzt. Wie genau kam es dazu?
Klaus Schwarz: Die Polizei ist offenbar lernfähig. Beim ersten Mal hatten sie Ilse noch an ihrem Arbeitsplatz an der Tankstelle abgeholt, jetzt haben sie sie zu Hause besucht und umgehend in die JVA Aichach befördert. Nach ihrer Festnahme wurde ihr ein Anruf gestattet. Sie rief mich an und informierte mich über den Stand der Dinge.

DW: Wie geht es ihr?
K.S.: Sie hat wieder ein Ein-Zimmer-Appartement. Das gefällt ihr recht gut – bis auf die Tatsache, dass das Fenster in der Zelle etwas weiter oben liegt, weshalb sie nicht so einfach nach draußen gucken kann. Aber sie ist wie immer frohen Mutes und bester Laune. Etwas stinkig war sie nur, weil sie bei den bevorstehenden Landtagswahlen in Bayern nun per Briefwahl abstimmen muss, um mich zu wählen. Ich trete als Direktkandidat für die Partei dieBasis im Stimmkreis Ingolstadt an.



Setzen sich mit guter Laune gegen politischen Irrsinn zur Wehr: Ilse Ziegler weigerte sich, zweifelhafte Bußgelder zu zahlen. Ihr Lebensgefährte Klaus Schwarz engagiert sich in der Partei dieBasis. Foto: privat.

DW: Die erneute Haft kommt nicht ganz überraschend. Waren die Koffer bereits gepackt?
K.S.: Nein, sie hatte nichts vorbereitet. Aber da sie zu Hause aufgegriffen wurde, durfte sie vermutlich auf die Schnelle ein paar Klamotten einpacken.

DW: Wie lange wird sie in der Haft verbleiben?
K.S.: Sie muss insgesamt für 40 Tage einsitzen, das heißt, am 28. Oktober wird sie mit ihrem geballten Gefahrenpotenzial wieder auf die Bevölkerung losgelassen (lacht).

DW: Eine vorzeitige Haftentlassung wegen guter Führung ist unrealistisch, oder?
K.S.: Wer weiß, wenn Ilse beim Hofgang irgendwelche Kräuter findet, mit denen sich ihre Mitinsassen volldröhnen können, schmeißen sie sie sicher früher raus (lacht).

DW: Wissen Sie, wann Sie das nächste Mal Kontakt mit ihr haben werden?
K.S.: Wohl erst bei ihrer Entlassung. Telefonate und Besuche sind offenbar nicht gestattet. Es ist eine Ersatzfreiheitsstrafe. Da gelten wohl strengere Regeln, da mit der Haft die Strafe abgeleistet wird. Beim ersten Mal handelte es sich um eine Erzwingungshaft, was eher eine disziplinarische Maßnahme war mit dem Ziel, sie zu brechen.

DW: Was offensichtlich nicht gelang.
K.S.: Meine kleine Ilse verfügt über ein Kampfgewicht von 52 Kilogramm. Sie hat ein Rückgrat, das ist so stabil wie ein ganzer Eichenwald. Sie lässt sich niemals brechen.

DW: Wie hätten Sie an ihrer Stelle gehandelt?
K.S.: Angesichts der Erfahrungen, die sie gemacht hat, wäre ich auch ins Gefängnis gegangen. Wir müssen uns gegen Unrecht zur Wehr setzen, dürfen nicht klein beigeben.

DW: Während Ihre Lebensgefährtin im Knast sitzt, haben Sie genug Ablenkung, da Sie sich gerade inmitten des Wahlkampfes befinden. Wie läuft's?
K.S.: Meine Mitstreiter von der Basis und ich werden von allen anderen geschnitten, wo es nur geht. Unsere Medienpräsenz tendiert teilweise gegen null. Das Argument der Medienvertreter: Wir liegen angeblich unterhalb der Relevanzgrenze. Auf abgeordnetenwatch.de werden meine politischen Standpunkte aufgrund einer fadenscheinigen Begründung nicht veröffentlicht. Dort läuft die Zensur unter dem Begriff »Moderationskodex«.

DW: Wissen Sie schon, was Sie am 28. Oktober machen werden?
K.S.: Ich werde mein Auto, einen Siebensitzer, vollladen mit Freunden, dann holen wir sie ab, gehen gemütlich essen und werden ein bisschen feiern. Sie wird sich dann sicher zeitnah bei Ihnen melden für ein weiteres Interview.

DW: Herr Schwarz, vielen Dank für dieses Gespräch.

RICHTIGSTELLUNG: An dieser Stelle in DW147 gaben wir im Interview mit dem nach einer Hetzkampagne gekündigten Lehrer Rüdiger Borrmann fälschlich an, dass es einen Vergleich mit der Schulbehörde gegeben hätte. Stattdessen war seine Kündigungsklage erfolgreich, nachdem die Schulbehörde einen Vergleich ablehnte. Außerdem bezeichneten wir den RBB-Propagandisten Olaf Sundermeyer allzu gütig als »Lehrer«, er schaffte es jedoch nur zum betrieblichen Ausbilder.

Briefe an die Redaktion

Leserbriefe an: K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16, 10211 Berlin

EINSPRUCH ZU PANKALLA

Gordon Pankalla fordert mit seinem Text zur Urteilsbegründung zu Dr. Heinrich Habig einzig die kleinen Leute auf, das als Recht anzunehmen, was eine Oligarchie von Parteifunktionären uns vorsetzt. Der ganze Staat ist doch in den Händen von Parteimitgliedern und deren Sympathisanten, die höchsten Richterämter werden politisch besetzt, da ist keine Spur echter Gewaltenteilung. Auch in den Rundfunkräten sind Parteien am stärksten vertreten, indem die Vertreter anderer Gruppen eben auch oft einer Partei angehören.

Pankalla schreibt, dass die Ausgabe von Bescheinigungen ohne Gift-Injektion »gesellschaftlich keinen großen Schaden verursacht« hätte. Das Gegenteil ist sogar wahr. Wer diese Giftspritze gegeben hat, hat die Schäden verursacht. Eine Wirkung dieser Injektion im Sinne der Propaganda ist doch nirgendwo zu sehen, aber Geboosterte, die deutlich spürbar an Corona erkranken, kennt doch mittlerweile jeder. 2020 kamen Leute ungeimpft mit positiven Test in Quarantäne, viele ohne je Symptome zu entwickeln. Aber nach der Impfaktion sind überall die Krankenstände nach oben geschossen und das scheint bis heute anzuhalten. Hätte es viel mehr Ärzte gegeben, die wie Dr. Habig handeln, wären viele Menschen vor schweren Schäden bewahrt worden. Das hätte enormes Leid und enorme volkswirtschaftliche Kosten vermieden.
– Felix S., Radevormwald

AUF DEM SCHIRM

RUNDBRIEF! Für Newsletter eintragen auf NichtOhneUns.de

t.me/DemokratischerWiderstandTelegram

instagram.com/demokratischerwiderstand

facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung

youtube.com: Demokratischer Widerstand

»Ich bin eine Stütze der Gesellschaft, kein Verbrecher!«

Unternehmer Stephan Körner hat die »Schnauze voll«. Die Politik der Grünen ist für ihn »einfach nur noch krank«. Er verschaffte seinem Ärger Luft. Die Folge: Nun ermittelt der Staatsschutz gegen ihn. Aber er lässt sich nicht unterkriegen.

INTERVIEW von Klaus Müller

DW: Herr Körner, bitte stellen Sie sich zunächst kurz vor.

Stephan Körner: Ich bin 54, Kfz-Lackierermeister und führe seit über 25 Jahren ein Lackier- und Karosseriezentrum in Velmede-Bestwig im Sauerland mit derzeit 20 Mitarbeitern. Unsere Hauptgeschäftsfelder sind die Reparatur von Unfallschäden und Lackierarbeiten für die umliegenden Werkstätten.

DW: Wo sind Sie politisch zu verorten?

S.K.: Bis zu Corona habe ich mich nie für Politik interessiert. Aber seit nunmehr dreieinhalb Jahren kommt man leider nicht mehr drumherum. Ich lasse mir ungern von Menschen, die keine Ausbildung und keinen Sachverstand haben, vorschreiben, was ich zu tun oder zu lassen habe. Die Politik agiert zunehmend bevormundend und totalitär. Was die Ampel veranstaltet, läuft auf eine Vollkatastrophe hinaus.



Immer mehr Unternehmer machen mobil gegen die grüne Sekte. Nach Michael Hess, Geschäftsführer der Carl Krafft & Söhne GmbH & Co. KG in Düren (DW berichtete), und einigen anderen wehrt sich nun auch Stephan Körner gegen die irrsinnige und bevormundende Politik – mit einer klaren Botschaft an alle seine Kunden. Foto: privat.

DW: Sie gehören zu einer stetig wachsenden Zahl an Menschen, die vor allem die grüne Partei wohl am liebsten aus dem Land jagen würde.

S.K.: Inzwischen hat doch jeder normal denkende Mensch in diesem Land realisiert, dass die Politik der Grünen einfach nur krank ist. Stichwort: Energiewende! Ich bin ein Freund von erneuerbaren Energien, aber nur in Maßen, nach und nach und wenn es wirklich Sinn macht. Für meinen Betrieb habe ich in den vergangenen zwei Jahren 350.000 Euro für Photovoltaik in die Hand genommen. Wenn ich aber an den Wärmepumpeneinbau und die Fassadendämmung denke, die auf Millionen Immobilienbesitzer zukommen: Das ist pure Ideologie ohne jeglichen Sinn und Verstand.

DW: Ihrem Ärger über die Grünen ließen Sie Taten folgen: An der Eingangstür Ihres Unternehmens prangt seit Ende August ein Aufkleber mit der Aufschrift: »Die Grünen-Wähler werden hier ab sofort nicht mehr bedient! Sozialschmarotzer & illegale Migranten ebenfalls nicht!« Diese Aktion verursachte heftigen Wirbel.

S.K.: Oh, ja, schon eine halbe Stunde später stand die Polizei vor meiner Tür: Es waren gleich drei Beamte, die meinten, sich vor mir aufbauen zu müssen. Jemand hatte anonym Strafanzeige gegen mich gestellt. Wer dahintersteckt und was genau mir vorgeworfen wird, werde ich demnächst erfahren, da mein Rechtsanwalt Akteneinsicht beantragt hat. Aber man muss sich das mal vorstellen: Der Staatsschutz ermittelt gegen mich. Es ist unfassbar! Ich stehe jeden Tag 14 bis 16 Stunden in der Werkstatt, maloche bis zu 350 Stunden im Monat. Ich bin eine Stütze der Gesellschaft, kein Verbrecher.

DW: Wen genau meinen Sie mit »Sozialschmarotzer«?

S.K.: Diejenigen, die, obwohl sie arbeiten könnten, einfach nur Bezüge kassieren, weil sie faul sind, auf Kosten derer, die jeden Morgen zur Arbeit fahren. Damit meine ich nicht Menschen, die wirklich in Not sind und dringend Unterstützung benötigen. Ich habe sogar Verständnis, wenn Menschen daheim bleiben, weil sich das Arbeiten für sie nicht mehr lohnt und sie am Ende des Monats für ihre geleistete Arbeit nur 8,90 Euro mehr bekommen würden als fürs Nichtstun. Hier liegt der Fehler allein bei der Politik. Dieser Irrsinn ist kaum noch auszuhalten. Wissen Sie, wo ich mittlerweile angekommen bin?

»IN UNSEREM LAND LÄUFT ALLES VÖLLIG AUS DEM RUDER«

DW: Erzählen Sie bitte!

S.K.: Ich gerate meinen Mitarbeitern gegenüber zunehmend in Erklärungsnot, warum sie morgens überhaupt noch zur Arbeit kommen sollen. Mir geht die Munition an Ausreden aus. Das arbeitende Volk müsste jeden Tag einen Orden kriegen, wenn es sein Auto auftankt und zur Arbeit fährt. Stattdessen werden wir alle mit Füßen getreten. Dazu könnte ich Ihnen eine Geschichte erzählen, die sich vor wenigen Wochen ereignete.

DW: Bitte fahren Sie fort!

S.K.: Am 1. August haben zwei Auszubildende bei uns angefangen. Einer von den beiden ist Syrer. Wer mich also in die braune Ecke stellen möchte: Funktioniert nicht! Eine Dame vom Amt für Soziales rief mich an. Sie war voller Freude, erzählte mir, wie toll es sei, dass ich mich dem Jungen angenommen hätte. Dann sagte sie mir ganz stolz, dass sein Autoführerschein mit 2.900 Euro bezuschusst werde. Dies stehe ihm zu, da seine Eltern Bürgergeld beziehen. Da ist mir der Kragen geplatzt. Ganz ehrlich: Ich habe die Schnauze voll. Ich habe noch vier weitere Azubis, die alle den Führerschein machen wollen, sich diesen aber nicht leisten können. Was soll ich den Jungs nun erzählen, wenn sie mich fragen, warum ihr syrischer Kollege den Führerschein vom Amt bezahlt bekommt? In unserem Land läuft alles völlig aus dem Ruder.

DW: Katrin Göring-Eckardt verkündete vor Jahren, nachdem Kanzlerin Merkel 2015 die Grenzen für eine unkontrollierte Einwanderung geöffnet hatte: »Unser Land wird sich ändern und zwar drastisch. Und ich freue mich darauf.«

S.K.: Unser Land hat sich bereits drastisch verändert. Ich hatte gestern ein Telefon mit einem Schadensvermittler aus Stuttgart, für den wir arbeiten. Er fand meine Aktion nicht so toll und hinterfragte meine Motive. Nun wird er mir bald wohl den Vertrag kündigen. Aber wenn er glaubt, er könne mir damit wehtun, ist er falsch gewickelt. Ich wies ihn noch darauf hin, dass er doch als Stuttgarter vor wenigen Tagen erst aus nächster Distanz miterleben durfte, was hier inzwischen alltäglich ist. Aber entweder ist er blind oder dämlich.

»98 PROZENT DES HOCHSAUERLANDES STEHEN HINTER MIR«

Sie spielen auf die brutalen Ausschreitungen am Rande eines Eritrea-Treffens an. Die Bilanz: 31 verletzte Einsatzkräfte und 228 zwischenzeitlich Festgenommene, von denen 227 umgehend wieder auf freien Fuß kamen.

S.K.: Richtig. Was war das für eine Nummer? Aber man muss sich nur täglich die Nachrichten anschauen. Gerade erst wurde ein Mädchen in Köln von acht Männern *(stammen aus dem Irak, Syrien und der Türkei/Anm. d. Red.)* sexuell missbraucht. Nicht ein einziger von ihnen sitzt in Haft. Ich mache einen Aufkleber an die Türe und prompt stehen drei Beamte da. Wo ist da noch die Verhältnismäßigkeit gegeben?

DW: In den sozialen Medien wurden Sie wegen Ihrer Aktion zum Teil heftig angefeindet.

S.K.: Ich lese das alles nicht. Das sind Hass-Kommentare von wildfremden Menschen, die mir völlig egal sind. Ich bekam auch Morddrohungen. Zudem drohten mir Leute damit, meinen Laden abzubrennen. Aber ich lasse mich nicht einschüchtern. Viel wichtiger für mich ist: 98 Prozent des Hochsauerlandes stehen hinter mir. Ich bekam unzählige Anrufe von Menschen aus der Region. Sie alle bedankten sich für meine Aktion. Meine Angestellten stehen zu 100 Prozent hinter mir. Was meine Kunden betrifft: Die wissen, was sie an mir haben. Die Gefahr, dass wir in eine finanzielle Schieflage geraten, besteht nicht. Im Gegenteil. Unser Problem ist: Wir arbeiten zu viel. Ich fahre schon seit 25 Jahren Doppelschichten.

DW: Warum?

S.K.: Weil uns die Facharbeiter fehlen. Und es wird immer schlimmer. Immer mehr Betriebe müssen dichtmachen. Die Politik ist an Lösungen offenbar nicht interessiert. Fachkräfte kommen bei der unkontrollierten Massenmigration jedenfalls nicht ins Land. Vor Monaten habe ich ernsthaft darüber nachgedacht, ob ich nicht besser Privatier werden, mit meiner Frau die Taschen packen und abhauen soll. Aber ich habe auch Verantwortung meinen Mitarbeitern gegenüber.

DW: Was würden Sie sich in naher Zukunft für unser Land wünschen?

S.K.: Ich bin kein Fan der AfD, aber sie ist derzeit die einzige echte Oppositionspartei. Deshalb sage ich: Die sogenannte Brandmauer muss fallen, die CDU/CSU mit der AfD koalieren. Die Grünen müssen raus aus allen Parlamenten. Mich selbst haut so schnell nichts um. Ich habe ein dickes Fell, aber große Angst um die Zukunft meiner Kinder. Deshalb ist es umso wichtiger, dass wir uns gegen diese bürgerverachtende Politik geschlossen zur Wehr setzen.

DW: Herr Körner, vielen Dank für dieses Gespräch.

WIR SIND DIE 99 PROZENT!
MOTOR MITTELSTAND
KOLUMNE *von Wolfgang Greulich*

RETTE SICH, WER KANN!

Des Deutschen neues Lieblingswort heißt: Schlusslicht. Wir kennen es bereits bestens vom *Eurovision Song Contest*, mittlerweile zudem vom Fußball und beim Thema Bildung. Auch in Sachen Infrastruktur spielen wir ganz hinten mit. Was lange unser wahres Aushängeschild war – der Mittelstand mit all seinen Unternehmen – rangiert laut Internationalem Währungsfonds (IWF) nunmehr auf dem letzten Tabellenplatz. Das muss nicht so bleiben, aber zumindest im Moment ist es so. Wir sind das einzige Land, dem der IWF eine negative Prognose vorhersagt. Gewollt oder Versagen? Die einen sagen so, die anderen so. Wissen ist eine Holschuld. Mag sich jeder selber schlau machen. Predigen nützt nur wenig.

Die Mehrheit der mittelständischen Unternehmen in Deutschland fühlt sich von den politischen Akteuren unverstanden und nicht ernst genommen. Wir sprechen hier laut offiziellen Umfragen deutscher Wirtschaftsverbände von mehr als 75 Prozent. Die Frage ist: Wo sind diese 75 Prozent? Mit mutigen Kommentaren in sozialen Kommentaren werden keine Veränderungen herbeigeführt. Die wahre Veränderung beginnt beim Einzelnen selbst – etwa am eigenen Arbeitsplatz, im eigenen Unternehmen, denn wir sitzen alle im selben sinkenden Schiff, das von den westlichen Eliten dieser Welt angebohrt wurde. Es gilt zu handeln, zu gestalten, zu unternehmen.

52 Prozent wäre es gar am liebsten, die Politik würde sich weitestgehend aus dem Wirtschaftsleben heraushalten. Das sind wir doch schon wieder sehr nahe an der »sozialen Dreigliederung« von Rudolf Steiner, die eine jeweils eigenständige Entwicklung der drei Glieder Geistesleben, Rechtsleben und Wirtschaftsleben ohne jedes staatliche Hinzutun vorsieht. Die Prinzipien Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit finden wir auch schon im Ansatz in der französischen Revolution und ergänzt um die notwendige Friedfertigkeit bei den Menschen auf der Straße seit 2020.

Diese Politik samt dem dahinterstehenden total verkommenen System ist das wahre Schlusslicht dieser Zeit und die vorsätzlich handelnden Akteure haben nur eines verdient – einen Tritt in den Allerwertesten. Oder wie der Digitale Wirtschaftsclub (DWC) so treffend schreibt: Deutschland am Limit. Rette sich, wer kann!

Es braucht wirklich einen großen *Reset*, überwiegend den in den Köpfen der 99 Prozent. Es ist wichtig, selbst die Wahrheit zu suchen, um dann Zusammenhänge zu erkennen. Widerstand und Wandel *made in Germany*!

Wolfgang Greulich ist Widerstandsaktivist und erfolgreicher IT-Unternehmer.

Inszenierte Täuschungsmanöver

Warum noch auf Wahlen vertrauen? | Von Ernst Wolff



Demokrat am 16. September 2023 in Göttingen. Welche Partei sollte diese weit verbreiteten Forderungen durchsetzen können?
Foto: Georgi Belickin/DW.

Am 8. Oktober finden in Bayern und Hessen Landtagswahlen statt. Die *Mainstream*-Medien bemühen sich seit Wochen, sie in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken und den Menschen einzureden, sie würden mit ihrer Stimmabgabe nicht nur über die Zusammensetzung, sondern auch über den zukünftigen Kurs ihrer Regierung entscheiden.

Die Medien knüpfen dabei an das an, was uns in der Schule beigebracht wurde: Wir leben in einer Demokratie. Souverän ist das Volk, und das Volk hat alle vier Jahre die Möglichkeit, zur Wahlurne zu schreiten und seine eigenen Vertreter ins Parlament zu schicken, damit diese sich dort für die Interessen der Mehrheit einsetzen.

Das aber hat mit der heutigen Wirklichkeit nichts zu tun. Wir leben unter einer Diktatur, in der nicht das Volk, sondern eine winzige Minderheit das Sagen hat: Digital- und Finanzkonzernen das Sagen hat. Wir dürfen zwar zur Wahlurne schreiten, können dort aber nur unter solchen Kandidaten wählen, die sich, egal, was sie uns vor den Wahlen versprechen, nach den Wahlen dem Diktat des uns alle beherrschenden Kartells unterzuordnen haben.

Außerdem sind wir vor den Wahlen einer Manipulation von nie dagewesenem Ausmaß ausgesetzt, denn die wichtigsten Medien – allen voran die sozialen Netzwerke – befinden sich fest in der Hand des Kartells.

Im Grunde könnte man Wahlen abschaffen. Dass man das noch nicht getan hat, hat vor allem einen Grund: Wahlkämpfe bieten eine hervorragende Gelegenheit, die Öffentlichkeit über die wahren Machtverhältnisse in unserer Zeit zu täuschen. Wie gut diese Täuschung funktioniert, zeigen einige Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit.

2015 gewann die Linkspartei Syriza die Parlamentswahlen in Griechenland. Im Wahlkampf hatte sie dem griechischen Volk versprochen, die Austeritätspolitik der Europäischen Union zu beenden. Nach ihrer Wahl setzte sie in Griechenland die härtesten Austeritäts-Maßnahmen innerhalb der EU durch.

EINE KLEINE ERINNERUNG

Im Oktober 2022 wurde Giorgia Meloni in Italien zur Ministerpräsidentin gewählt. Vor ihrer Wahl hatte sie einen eisenharten Kurs gegen den Euro und die Europäische Union sowie drastische Maßnahmen gegen die Migration versprochen. Seit ihrer Wahl ist davon nicht mehr die Rede.

Die deutschen Grünen haben in ihrer Kampagne zur Bundestagswahl 2021 versprochen, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern. Seit dem Ausbruch des Ukrainekrieges zählen sie zu den glühendsten Befürwortern von Waffenlieferungen in den schlimmsten Kriegsschauplatz unserer Zeit.

All diese Beispiele zeigen nicht nur, was von der aktuellen Politik und ihren Repräsentanten zu halten ist. Sie zeigen auch, wer aktuell weltweit das Sagen hat, denn die Austeritätspolitik, die Migrations- und auch die Kriegspolitik sind alle Teil der Agenda, mit der der digital-finanzielle Komplex die Menschheit noch stärker zu unterjochen und seine Machtstellung in der Welt auszubauen versucht.

Wer dennoch glaubt, dass der Parlamentarismus oder das, was von ihm übrig geblieben ist, daran etwas ändern könnte, der sei an einen Satz von Kurt Tucholsky erinnert: »Wenn Wahlen etwas ändern würden, dann wären sie verboten.«



Ernst Wolff gilt als herausragender Finanzexperte und kritischer Autor (zuletzt das Buch »WEF«, Klarsicht, Hamburg 2022)

MELDUNG

KINDERARMUT ZEIGT SICH ZUNEHMEND IN SCHULEN

Stuttgart/DW. Eine Umfrage der Robert Bosch Stiftung unter Lehrkräften ergab, dass die Armut unter Schülern zunimmt. So sehen Lehrer immer öfter, dass Kinder beispielsweise ohne Pausenbrot zur Schule kommen. Mal fehle Geld für Schulausflüge, mal für entsprechende Kleidung für den Sportunterricht. Jede dritte Lehrkraft gab in dem sogenannten Schulbarometer an, dass sich Kinder und Jugendliche mehr Sorgen um die finanzielle Situation ihrer Familien machen würden als zuvor, in sozial benachteiligten Lagen liegt die Quote sogar bei 48 Prozent. Armut gefährdet nachgewiesenermaßen den Schulerfolg. (kmü)

GLYPHOSAT-VERLÄNGERUNG IST IM GESPRÄCH

Brüssel/DW. Die EU-Kommission hat für das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat eine Zulassung von weiteren zehn Jahren vorgeschlagen. Der Einsatz des Pestizids gilt als umstritten, da es im Verdacht steht, krebserregend zu sein. Für den Einsatz seien jedoch bestimmte Auflagen vorgesehen, etwa Maßnahmen die verhindern, dass das Mittel bei der Anwendung stark verweht wird. Die EU-Behörde stuft das Mittel als unkritisch ein. Die EU-Mitgliedsstaaten sollen nun bis Oktober entscheiden. (kmü)

EU ERWÄGT STRAFZÖLLE FÜR E-AUTOS AUS CHINA

Brüssel/Straßburg/DW. Die EU hat ein Verfahren eingeleitet, in dem sie die Rechtmäßigkeit von Chinas Subventionen für E-Autos prüft. Ursula von der Leyen (CDU) hatte am 13. September in einer Rede in Straßburg erklärt: »Nun werden die Weltmärkte mit billigeren chinesischen Elektroautos überschwemmt. Der Preis dieser Autos wird durch riesige staatliche Subventionen künstlich gedrückt. Das verzerrt unseren Markt.» Die Strafzölle sollen offenbar verhindern, dass der heimische E-Auto-Markt Anteile an Produzenten aus China verliert. Was die heimische Industrie stärken soll, birgt allerdings Risiken, etwa in Form von wirtschaftlichen Gegenmaßnahmen, die im schlimmsten Fall in einen Handelskrieg münden könnten. (kmü)

MAUT-ERHÖHUNG TRITT BALD IN KRAFT

Berlin/DW. Die Inflation in Deutschland ist ungebrochen. Ab dem 1. Dezember dürfte es noch teurer werden. Dann tritt die Erhöhung der Lkw-Maut in Kraft, die von der Bundesregierung im Juni beschlossen worden war. Grund für die Erhöhung ist die Einführung eines CO_2-Aufschlags in Höhe von 200 Euro pro Tonne CO_2, die an die Maut gekoppelt ist. Für Diesel-Lkws würde dies in etwa eine Verdoppelung der bisherigen Kosten bedeuten. Die Logistikbranche warnt deshalb vor einem weiteren spürbaren Anstieg der Verbraucherpreise. (kmü)

DIE LAGE IN DER UKRAINE

Wie stellt sich die Situation in dem osteuropäischen Land nach mehr als eineinhalb Jahren Krieg dar? | BERICHT von Felix Feistel

Der Krieg in der Ukraine geht in den 19. Monat. Die aufgebrachte mediale Berichterstattung hierzulande ist längst schon abgeflaut und Durchhalteparolen sowie Waffenlieferungen gewichen. Über die Situation in dem Land selbst gibt es wenige Informationen, die ernst zu nehmen wären.

Seit mehr als drei Monaten läuft nun schon die ukrainische Gegenoffensive, als deren Ziel einst die Rückeroberung der Krim und anderer Gebiete im ehemaligen Osten des Landes ausgegeben wurde. Ende August berichteten deutsche Medien wie der *Spiegel* von ersten Erfolgen der ukrainischen Armee und sahen diese bereits auf dem Weg zur Krim. Tatsächlich war es der ukrainischen Armee gelungen, im südlichen Teil der Front, östlich des Kachowka-Stausees, dessen Staumauer vor einigen Monaten von der ukrainischen Armee gesprengt worden ist, bis zum Dorf Robotine vorzustoßen. Um dieses Dorf wird seitdem heftig gekämpft, und der ukrainischen Seite gelang es, dieses Dorf ganz oder teilweise einzunehmen.

Es handelt sich jedoch um einen winzigen Vorstoß im Vergleich zur Distanz, die noch zwischen ihnen und der Krim liegt. Dazwischen befinden sich mehrere Verteidigungslinien der russischen Seite, von denen die Ukraine bislang keine einzige durchdrungen hat. Zudem bereitet die Topographie des Geländes der Ukraine Schwierigkeiten. Denn dieses ist rund um Robotine sehr hügelig. Die russische Armee hält die Hügel besetzt und beschießt die ukrainischen Soldaten von dort aus. Bergauf zu kämpfen, ist immer von Nachteil, schon allein, weil die russischen Soldaten von den Hügelkuppen weiter schießen können, ohne selbst beschossen werden zu können. Von einem entscheidenden Durchbruch kann also nach wie vor keine Rede sein. Russlands Präsident Wladimir Putin sprach nach der Pressekonferenz mit seinem türkischen Amtskollegen Erdogan am 4. September gar von einem Scheitern der ukrainischen Gegenoffensive.

400.000 TOTE UKRAINISCHE SOLDATEN? DIE ZAHL DÜRFTE UM EINIGES HÖHER SEIN

Hinzu kommen die enormen Verluste, die die Ukraine seit Beginn der Gegenoffensive gemacht hat. Zwar sind die Angaben widersprüchlich, doch das Ausmaß lässt sich einigermaßen abschätzen. So sprach der russische Verteidigungsminister Sergei Schoigu Anfang September von mehr als 66.000 gestorbenen ukrainischen Soldaten allein seit Beginn der Gegenoffensive. Kiew hingegen hält sich mit Angaben über Verluste sehr zurück. Doch der ukrainische Mobilfunkanbieter Kyivstar hat in einem *TikTok*-Video einen Hinweis auf die Zahl der insgesamt gefallenen ukrainischen Soldaten gegeben: Der Anbieter forderte die Ukrainer dazu auf, an die Nummern der Verstorbenen das Wort »Danke« per SMS zu schreiben und führte aus, dass 400.000 Männer nie wieder in der Lage sein werden, die Nachrichten zu empfangen. Aus der Anzahl der stillgelegten SIM-Karten kann der Anbieter eine Schätzung über die Zahl der Gefallenen geben. Berücksichtigt man, dass Kyivstar einen Anteil von 43 Prozent



Schild auf dem Montagsspaziergang am 18. September 2023 in Amberg. Die Zeit ist seitdem fortgeschritten. Nun heißt es: Gestern wollten sie Panzer, heute Kampfjets und morgen Eure Söhne. Foto: Telegram/Demofoto ND

der in der Ukraine vergebenen Mobilfunknummern hat, so lässt sich daraus ableiten, dass die Zahl der Gefallenen tatsächlich noch um einiges höher sein könnte.

400.000 Männer – das entspricht der gesamten Stärke der ukrainischen Armee zu Beginn des Krieges im vergangenen Jahr. Dementsprechend gibt es ein großes Problem mit Nachschub. Vor seiner Entlassung Anfang September hat der ehemalige Verteidigungsminister, Alexei Resnikow, erklärt, er benötige pro Monat 10.000 neue Kämpfer, um die Offensive fortsetzen zu können. Dementsprechend werden immer mehr Männer mobilisiert. Mehr als 180.000 Männern über 30 Jahren, die eine zweite oder weitere Hochschulausbildung absolvieren, soll nun das Recht auf Aufschub der Mobilisierung entzogen werden. Weiterhin fordert die Ukraine von den Ländern der EU, die nach Beginn des Krieges geflohenen Ukrainer an das Land auszuliefern. Polen hat bereits damit begonnen. Etwa 2,87 Millionen ukrainische Bürger im Alter von 18 bis 60 Jahren sind nach dem 24. Februar 2022 nach Polen eingereist. Das ukrainische Verteidigungsministerium hat zudem die Einberufung von Männern mit eingeschränkter Tauglichkeit genehmigt. Nun sollen auch Männer mit Diagnosen wie asymptomatischem HIV, klinisch geheilter Tuberkulose und leichten, kurzzeitigen krankhaften Manifestationen psychischer Störungen einberufen werden können.

MOBILMACHUNG: BEOBACHTER SPRECHEN VON EINEM GENOZID

Sämtliche Unternehmen und Hochschulen in den Grenzregionen zur Front sollen Rekrutenlisten aufstellen. Das Verteidigungsministerium fordert bis Ende des Jahres 200.000 Männer und weitere 300.000 im kommenden Winter. Die Mobilmachung wird alle Männer ab 20 Jahren betreffen. Eine Altersgrenze nach oben hin scheint es nicht zu geben. Es werden Fälle berichtet, in denen bereits über 70-Jährige in der ukrainischen Armee gelandet sind.

Militärexperte Juri Knutow erklärte im Gespräch mit *RIA Nowosti*, dass die Mobilmachung einer halben Million Menschen bis zum Frühjahr unmöglich und daher vergleichbar mit dem deutschen Volkssturm am Ende des Zweiten Weltkrieges sei. Die Mobilmachung erfolgt zudem hauptsächlich im russischsprachigen Osten und wird daher von Beobachtern als Genozid bezeichnet.

Die Verluste auf der russischen Seite werden von westlichen Medien auf 120.000 Tote und mindestens 170.000 Verletzte geschätzt. Allerdings vermuten informierte Analysten des Krieges die Verlustquote auf 1:7 bis 1:10 zugunsten Russlands. Grund dafür sind nicht nur die ausgedehnten russischen Minenfelder, welche die Ukrainer bei ihrer Offensive überqueren müssen, sondern auch die Luftüberlegenheit der russischen Armee sowie die Artillerieüberlegenheit, die der ukrainischen um ein Zehnfaches überlegen ist. Zudem ist ein Grundsatz des Krieges, dass der Angreifer höhere Verluste erleidet als der Verteidiger. Und die russische Armee hat sich in mehreren, gut befestigten und hintereinanderliegenden Verteidigungslinien verschanzt.

USA UNTERSTÜTZEN UKRAINE MIT UMSTRITTENEN MUNITIONSTYPEN

Zur weiteren Unterstützung haben die USA nicht nur angekündigt, Abrams Panzer liefern zu wollen, sie beliefern die Ukraine als zweites Land auch mit Munition aus abgereichertem Uran sowie mit Streumunition. Beide Munitionstypen sind für ihre Langzeitfolgen bekannt. Streumunition setzt eine Vielzahl von Sprengkörpern frei und verteilt sie über ein größeres Areal. Darunter gibt es stets viele Blindgänger, die noch jahrelang ein Risiko für die Bevölkerung darstellen. Uranmunition wiederum setzt bei der Explosion giftigen Uranstaub frei, der große Regionen vergiftet und Ursache zahlreicher Erkrankungen ist. Die im Jugoslawienkrieg durch die NATO eingesetzte Uranmunition führt noch heute zu Krebs, Missbildungen und Fehlgeburten.

Der ukrainische Präsident Wolodymir Selensky hat angekündigt, die vorgesehenen Wahlen auf einen Zeitpunkt nach dem Krieg verschieben zu wollen. Einzig wenn der Westen weitere Finanzhilfen leiste, könne eine Wahl durchgeführt werden. Bislang haben allein die USA die Ukraine mit 170 Milliarden Dollar unterstützt. Deutschland kommt auf über 20 Milliarden Euro.



Felix Feistel ist studierter Rechtswissenschaftler mit dem Schwerpunkt Völker- und Europarecht.

MELDUNG

DROHT SELENSKYJ MIT EINEM AUFSTAND DER FLÜCHTLINGE?

London/DW. In einem Interview mit der Zeitung *The Economist* droht Wolodymyr Selenskyj offenbar mit Konsequenzen, falls die Europäer ihre Hilfe drosseln: »Das wird dem Westen Risiken im eigenen Hinterhof bringen. Es ist unmöglich, vorherzusagen, wie Millionen ukrainischer Flüchtlinge reagieren werden, wenn ihr Land fallen gelassen wird. Insgesamt benahmen sich die Ukrainer sehr gut und sind ihren Gastgebern sehr dankbar. Doch es wäre keine schöne Geschichte von Europa, wenn es diese Menschen in die Ecke treiben würde.« (kmü).

FEUERPAUSE IN BERGKARABACH VEREINBART

Baku/DW. Im Konflikt im Südkaukasus hat Aserbaidschan den Militäreinsatz seiner Truppen gegen das mehrheitlich von Armeniern bewohnte Bergkarabach einen Tag nach Beginn seiner Offensive für beendet erklärt. Laut Präsident Ilham Aliyev sei die Souveränität über das Gebiet wiederhergestellt. Wie es heißt, hätten die armenischen Separatisten der Feuerpause, die durch russische Initiative zustande kam, zugestimmt. Aserbaidschan bestätigte dies. (kmü)

POLENS VISA-BETRUG: EU FORDERT AUFKLÄRUNG

Warschau/Brüssel/DW. Schwerwiegender Vorwurf: Polnische Beamte sollen gegen Bezahlung hunderttausende Visa vor allem in Asien und Afrika unrechtmäßig ausgestellt haben. Die Regierung Polens weist die Betrugs- und Korruptionsvorwürfe als »absurd« zurück, die EU-Kommission bezeichnet sie dagegen als »sehr besorgniserregend« und fordert nun eine Aufklärung. (kmü)

IRAN VERABSCHIEDET KOPFTUCHGESETZ

Teheran/DW. Das iranische Parlament hat ein neues Kopftuchgesetz eingeführt. Laut der staatlichen Agentur IRNA stimmten Abgeordnete dafür, das umstrittene Gesetze probeweise für einen Zeitraum von drei Jahren einzuführen. Bei Verstößen gegen die Kopftuchpflicht soll es künftig drastische Strafen geben: Es drohen Geldbußen in Höhe von umgerechnet mehr als 5.000 Euro sowie bis zu 15 Jahren Haft. (kmü)

SCHOLZ WILL UN UMBAUEN

New York/DW. Bei einer Rede vor dem UN-Sicherheitsrat attackierte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) den russischen Präsidenten Wladimir Putin scharf und machte ihn für das Leid in der Ukraine und überall auf der Welt verantwortlich: Putin wolle »seinen imperialistischen Plan zur Eroberung seines souveränen Nachbarn, der Ukraine, umsetzen.« Scholz forderte zudem eine Reform des Sicherheitsrats. Deutschland strebt zusammen mit Indien, Brasilien und Japan einen ständigen Sitz an. Russland und China stehen einer Veränderung jedoch ablehnend gegenüber und könnten ein Veto einlegen. (kmü)

Sie hat den Horizont

Kann Sahra Wagenknecht Deutschland heilen?
Eine BESTANDSAUFNAHME von Anselm Lenz


Für mehr Gemeinwirtschaft, Demokratie in Staat und Wirtschaft, ein Ende der Konzern- und ist seit drei Jahrzehnten die Hoffnung der »Roten« im Deutschland der Gegenwart. Wird sie ohne Umschweife benennen und eine neue Ära einleiten? Foto: CC/Sandro Halank

Für die Partei Die Linke (PdL) gab sie alles, aber der Apparat ließ sich kaufen. Ist die kommende Parteineugründung Wagenknechts ein echter Aufbruch oder nur die nächste wackelige Kulisse der Fassadendemokratie?

Für Millionen Demokraten steht fest: Sahra Wagenknecht ist seit 30 Jahren ein rot-goldener Fixstern am immer hoffnungsloser in die Nachtschwärze abkippenden Firmament der deutschen Politik. Kipppunkte? Die Selbstdelegitimierung des BRD-Nato-EU-IWF-Apparates kann seit der Corona-Lüge nur noch durch Verfassungserneuerung von unten und volle Souveränität umgekehrt werden.

Ich werde diesen Text strikt persönlich halten. Ich werde nichts hinzudichten, nicht überladen, nichts Wesentliches auslassen. Sahra Wagenknecht ist eine ganz besondere Politikerin. Selbst Kritiker im In- und Ausland erkennen an: Sie hat den Horizont! Sie hat das Bildungsfundament, die innere Größe, die Rhetorik, die Erscheinung und die lebensmäßige Unabhängigkeit. Sie kann wahrhaftig und gerecht sein.

WAHRHEIT UND RECHT

Im Grunde ist sie eine Karriereverweigerin von überzeitlichem Format. Immer wieder stellt sie klar, dass sie mit einem Buch und einem Schreibtisch allein durchaus glücklich sein kann. Das ist glaubwürdig und jeder Denker und Schreiber weiß, was damit gemeint ist. Für den Abstand zur dinglichen Welt gehört ein gerüttelt Maß an Courage: Im Zweifel für den Zweifel, im Zweifel für das Proletariat, das Gemeinwesen, mehr Sozialismus in der Wirtschaft und die Freiheit in der Lebensführung.

Stellt man Wagenknecht etwa der bündnisgrünen Außenministerin Annalena Bärbock gegenüber, wird sehr schnell deutlich, wie stark sich menschliche Qualitäten unterscheiden können. Nur scheinbar paradox, dass ausgerechnet die Sozialistin Wagenknecht dabei auf allen inhaltlichen Feldern als weit überlegen erscheint. »Vom Hause her Hühner, Schweine, weiß ich nicht, Kühe melken« hatte Bärbock ihrem Parteikonkurrenten Robert Habeck im Wahlkampf 2020 öffentlich als Kernkompetenzen attestiert, um ihn auszustechen. Sie selber komme aus einer »Familie« im Bereich ganz großer Weltpolitik, »ich komme eher aus dem Völkerrecht« – so generell. »Ich komme ja aus ganz anderen Welten!« (NDR, 23. November 2020)

Wenn Wagenknecht klarstellt, aus welcher Welt sie kommt, tut sie es konfrontativ und »von unten nach oben«. Als ihr in den Nullerjahren – die PDS verschmolz gerade mit der Wahlalternative Soziale Gerechtigkeit (WASG) zur damals neuen Linkspartei – mal wieder nachgesagt werden sollte, sie habe ja »von Wirtschaft keine Ahnung«, promovierte sie in Volkswirtschaft zum Verhältnis von Vermögensbildung und Einkommen. Auch akademisch ist sie also ganz klar an den Missverhältnissen vom Freiheitsbegriff im Konzernkapitalismus orientiert – Kapital und Arbeit also, der ewige Kernwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise. Will das Regenbogenregime tatsächlich eine Aufhebung dieses Widerspruchs auf einer höheren Ebene? Oder nur totalitäre Kontrolle? Alles deutet auf letzteres hin, jedes einzelne Indiz.

ARBEIT ODER AMAZON

Seit zwei Dekanden wird das damals vielbeschworene »Jobwunder« für die Mehrheit immer noch trauriger. Vielbeschworene »Philanthropen« (Menschenliebhaber) wie Jeff Bezos' mit seinem Amazon-Bestellkonzern dünnen seither nicht nur den Einzelhandel und damit die Innenstädte aus, sondern senken auch noch hemmungslos disruptiv (zerbrechend) die Löhne – für den eigenen Profit. Dabei müssten die ja steigen, schließlich fallen beim Liefersystem die Mieten für die Kaufhäuser, Markthallen und Läden weg. Aber die Löhne für die Bereitsteller, die Lieferanten, die Arbeiter gehen nur immer weiter ins Bodenlose. Amazon-Arbeiter können sich nichts leisten, oft nicht mal ein eigenes Zuhause, um damit hier nur einen Aspekt des ökonomischen, sozialen und kulturellen Niedergangs des Westens zu nennen. Die »Herausforderungen der Digitalisierung« ist vor allem eine quasi-totalitäre Ausplünderung der europäischen Welt durch US-Oligarchen. Aber kann das Bürgertum wirklich einfach weg, wer braucht den Plunder, wer braucht Bürgerrechte?

Um als Realpolitikerin gemeinsam mit ihrem Ehemann Oskar Lafontaine (vormals SPD) das ganze Volk ansprechen zu können, ließ Wagenknecht ab dem Jahr 2010 ihre Mitgliedschaft in der Kommunistischen Plattform (KpF) in der Linkspartei ruhen. Der Begriff Kommunismus – der im Grunde Gemeinwirtschaft meint – ist gründlich unmöglich gemacht worden, sowohl durch Propaganda als auch durch die schäbige Wirklichkeit in vielen real existierenden von kommunistischen Parteikadern geführten Ländern. Dem Begriff haftet heute mehr der Leichengestank von Pol Pot und des »Kalten Krieges« an, denn der Humor und die analytische Tiefenschärfe von Friedrich Engels und Karl Marx.
Das große Jahr der Wagenknecht war bis dato das Jahr 2018. In Umfragen stand die damalige Wagenknecht-Partei PdL bei 20 Prozent. Nach Amtsträgerin Merkel war Wagenknecht die mit Abstand beliebteste Kanzlerkandidatin. Mit ihrer überparteilichen Bewegung »Aufstehen« verband sich die Hoffnung, dass die Neoliberale Epoche durch ein Zusammenwirken von Gewerkschaften, Linksliberalen, Sozialdemokraten, Christen und Sozialisten endlich überwunden werden könne. International waren linkssozialdemokratische Politiker und Volkshelden wie Bernie Sanders (USA), Jeremy Corbyn (Großbritannien) und Jean-Luc Mélanchon (Frankreich) in Position. Aber mehr noch: Sie wurden von starken Jugendbewegungen getragen. Wann hatte man zuletzt gesehen, dass 100.000 junge Menschen beim Musikfestival Glostonbury einem biederen Sozialdemokraten wie Corbyn frenetisch zujubelten? Das muss im 19. Jahrhundert gewesen sein. Die Großkopferten schnallten ab.

TIEFER STAAT VERSUS SOZIALDEMOKRATIE

Das konnte der Tiefe Staat – also die neofaschistische US-geprägte Oligarchenliga des Westens – nicht stehen lassen. Corbyn wurde von der Konzernpresse monatelang als »Antisemit« gebrandmarkt. Bernie Sanders wurde als Präsidentschaftskandidat und eigentlicher Konkurrent Donald Trumps verhindert, stattdessen die US-Rüstungs-Xanthippe Hillary »Killary« Clinton ins Rennen geschickt. Gegen Mélonchon sandten die Banken-, Rüstungs- und Konzernkreise das PR-Agenturprodukt Emmanuel Macron gegen die Gelbwesten ins Feld (»La République en Marche«). Und Wagenknecht wurde unter anderem von Markus Lanz (ZDF) als neue Staatsfeindin markiert, »Aufstehen« schon nach kurzer Zeit von allen Seiten her aufgerieben.

Die am Menschenrecht, an sozialem Ausgleich, an Mittelschicht, Arbeiterschaft und Beendigung des Elends orientierten echten »Linken« wurden also mit einem konventionellen PR- und Geheimdienstkrieg angegriffen. Das traf sie seltsam unvorbereitet. Tatsächlich wehrte sich der britische Sozialdemokrat Jeremy Corbyn gegen die absurden Antisemitismus-Vorwürfe. So als wäre dies das Feld, auf dem gekämpft werden müsse. Selbstverständlich ist Corbyn kein Judenhasser, was sollen solche irren Verleumdungen überhaupt?

Die neofaschistischen Zirkel, die Sozial- und Volkspolitikern dies vorwerfen – auch die merkwürdigen Propaganda-Thinktanks, die solche Kampagnen erfinden – stehen im Verdacht, die schlimmsten Verbrechen der Gegenwart mitzuverantworten. Die Replik auf solche miesen Gemeinheiten wäre einfach die Gegenoffensive. Ich habe dazu den Begriff des Quartären Antisemitismus entwickelt, kurz: »Wer historische Verbrechen und Judenfeindschaft instrumentalisiert, um damit politische und ökonomische Zwecke in der Gegenwart zu verfolgen, handelt strukturell antisemitisch. Wer dies auch noch bewusst betreibt, darf, ja muss, ein glühender Antisemit genannt werden.«

Wem das zu abstrakt ist, kann auf so einen Vorwurf auch einfach antworten: »Leck mich am Arsch, du elender Verbrecher und Kapitalistenknecht! Dir ist ja wirklich gar nichts mehr heilig!« Dass ihnen nichts mehr heilig ist, dass sie »keine roten Linien« mehr kennen, machte die Kapitalistenliga mit der Corona-Lüge klar. Um ihren strukturell ultrakapitalistischen bis neofaschistischen De-facto-Putsch zu inszenieren, orchestrierten sie allerlei regenbogenfarbenen Kriegsnebel (vgl. »Corona – Inszenierung einer Krise«, Klaus-Jürgen Bruder et al., Verlagshaus Sodenkamp & Lenz 2022 und »Das Konspirationistische Manifest«, Unsichtbares Komitee / Anonym, Ebda. 2023)). Über das irre Gender-Sexsymbol-Theater mag man noch schmunzeln können, über die Verleumdung bis hin zu Inhaftierung und Folter unliebsamer Journalisten, Aktivisten und Politiker nicht mehr. Der Bürgerrechtler Michael Ballweg wurde 2022 neun Monate lang widerrechtlich in Stuttgart-Stammheim inhaftiert – die Haftbegründung war nich tmal gut gefälscht.

Zuletzt wurde der britische Entertainer und Aufklärungsjournalist Russell Brand als Frauenhasser und möglicher Sexualstraftäter verleumdet, selbstverständlich wie im Falle Julian Assanges mit Vorwürfen unbekannter Herkunft, die sich auch noch auf mögliche Ereignisse beziehen, die jahrelang zurückliegen. »Ich bin der Wahrheit zu nahe gekommen«, stellte der erfolgreiche Internet-Journalist und Sozialaktivist (»ReLoveUtion«) klar. Die Kampagne



Oligarchenlobbys und den Frieden: Die Politikerin und Buchautorin Sahra Wagenknecht
die Wahrheit in die Politik zurückholen, die Lügen und Verbrechen des BRD-Apparates

gegen ihn ist gemacht. Der Brite Brand hat wie weite Teile der Völker des Westens die Faxen dicke von Propagandalügen, Demokratiezerstörung, Krieg und sozialer Verelendung. Sicher: Die USA sind pleite, dieses Kapitalismusmodell ist am Ende. Aber muss man deshalb alle Kritiker und Millionen von Menschen fertigmachen?

Wagenknecht stellt dazu in ihrem aktuellen Buch »Die Selbstgerechten«(Campus-Verlag, Frankfurt am Main 2021) klar: »Auch der Linksliberalismus ist eine große Erzählung, deren öffentlicher Widerhall umso stärker wurde, je mehr Botschaften des hemdsärmeligen Neoliberalismus verblassten. Wegen ihrer mangelnden Toleranz und ihrer Feindseligkeit gegenüber anderen Meinungen sollte diese Erzählung eigentlich Linksilliberalismus heißen« (S. 98). Wagenknecht arbeitet heraus, wie die neoliberale Liga sich im Grunde nur mit den Insignien des sozialen Widerstandes einkleidet, aber dabei einen – das sind meine Worte – neofaschistischen Internationalismus durchsetzt. Und zwar bewusst.

NEOFASCHISTISCHER INTERNATIONALISMUS

Hintergrund: Der »Westen« befindet sich seit vier Jahrzehnten im Niedergang. Erst langsam, dann immer schneller. Die Linksliberalen/Neoliberalen/Protofaschisten/Identitärdemokraten/US-Kriegstreiber/Imperialisten sind derweil zutiefst davon überzeugt, dass sie das personifizierte Glück auf Erden seien, zumindest aber das ewige »Kleinere Übel«. Das leiten sie bis heute im Wesentlichen aus dem militärischen Sieg über Hitler-Deutschland ab, also einem historischen Ereignis, das mehr als 78 Jahre zurückliegt. Das Herausdrängen der Russen aus dieser bereits zuvor recht einseitigen Erzählung stellt diese Riege nun vor ernste Probleme, weswegen schon im Jahr 2014 in Kiew ein weiterer gegen Moskau gerichteter Regime Change (geheimdienstlich orchestrierter Putsch, »Farbenrevolution«) durchgeführt worden war.

Historisch nicht dagewesen seit dem Vietnam-Krieg (1955 bis 1975) ist, dass sich auch in den USA erheblicher Widerstand gegen US-Kapitalismus, US-Expansionismus und US-Weltherrschaftsambition rührt. Die Revolten in den USA und Europa wurden im 20. Jahrhundert durchweg als »links« bis »linksextremistisch« gebrandmarkt – schließlich war der Feind ein »Linker«, im Falle des Vietnamkrieges ein sozialistisches Land. »Wer nicht für uns ist, ist gegen uns«, das war auch die Losung bei den Invasionen unter George Bush Junior in den Nullerjahren, die vor allem auf das Erdöl des Iraks abzielten und die militärische Ausdehnung gegen die Länder Iran, Russland, China und weitere, die in den US-Kriegskreisen als eine Art »Endgegner« klassifiziert wurden – für die Weltherrschaft.

Dabei musste man dem US-System bald ein Jahrhundert lang zu Gute halten: Es war wohl tatsächlich für das Gros der Menschen darinnen das vielbeschworene »kleinere Übel«, ja, es entfaltet sogar bis heute eine Anziehungskraft, die sich unter anderem in einer endlos aufgetragenen Garderobe mit den Aufdrucken »U.S.A.«, »University of Los Angeles«, »New York« und allerlei weiteren Slogans zeitigt, die präsentiert werden wie Versace oder Nike. Wer für die USA ist, kann immerhin auf etliche, wenn auch selektive, Errungenschaften im Bereich der Bürger- und Menschenrechte zurückblicken und einen stattlich aufgeschäumten Milchshake in der pazifischen Brise im Abendrot von Venice Beach. Jedoch: Der Lack ist ab, die Kirsche fehlt. Die purzelte in den düsteren Bush-Junior-Jahren in den Staub: »Weapons of Mass Destruction« und so weiter und so fort.

KIRSCHE GEPURZELT

Nun sollte das »wer nicht für uns ist, ist gegen uns« aber weiterhin gelten, schließlich sieht man sich als »Ausnahmenation«, die allen anderen bei weitem überlegen sei und deshalb »Vollspektrumdominanz« anzustreben habe, allein schon, um das Größere Übel aufzuhalten (irgendwas ist jetzt immer »Nazi«). Weitere Expansionsmanöver waren für die US-Kriegs-, Konzern- und Bankenkreise allerdings kaum vermittelbar, so verlegte man sich unter Präsident Barack Obama auf verdeckte Kriege und Geheimdienstaktionen plus Einsatz der Satellitenstaaten wie der BRD als Protagonisten (»Rüstungsausgaben mindestens zwei Prozent der Wirtschaftsleistung!«).

Doch all das läuft nicht ganz wie geplant, immerzu stehen Gelbwesten oder Hunderttausende Demokraten im Weg herum, wenn es etwa darum geht, US-Tributprogramme wie TTIP und CETA gegen den Sozialstaat europäischer Prägung durchzusetzen. »Fuck the EU«, konstatierte dazu die US-Diplomatin Victoria Nuland in der Erbärmlichkeit des heutigen Bärbock-Stils bereits im jahr 2014 – kurz vor dem gemachten »Change« in Kiew.

Wie bei der Währungsfrage deuten »alle Wege nach Rom«, also ins »permanente Washington« und an die Börse der Wallstreet. Die Haltung: »Wo wir sind, ist vorne.« So erklärt sich auch das Regenbogen-Regime im totalen Gesellschaftskrieg. Dabei wurde sehr wahrscheinlich eine Wahlfälschung begangen, um den durchaus skurrilen Donald Trump wegzuputschen, der sich als strammer Antikommunist geriert, aber immerhin als erster US-Präsident seit James Carter (Amtszeit 1977-1981) keinen neuen Angriffskrieg vom Zaun brach. Mit Robert F. Kennedy und Bernie Sanders gäbe es weitere verständigungsbereite Leute, die den ins Wahnhafte gesteigerten Fanatismus der Neoliberalen Epoche den Garaus machen können.

Die für die Bush-Junior wie auch die Obama-Jahre federführenden Kreise in den USA und der EU sowie den angeschlossenen Funkhäusern zu kappen, wird allerdings kein Spaziergang werden. Wie wir spätestens seit der Corona-Lüge erleben, sind diese Leute zu (fast?) allem bereit: Lügen, Angriffskriege, Verleumdung, Psy-Ops plus Psychiatrisierung (vgl. Beate Bahner 2020), Instrumentalisierung der Shoah, Instrumentalisierung ganzer Berufszweige, Segregation, möglicherweise sogar die geplante und industriell organisierte Verkrüppelung, Unfruchtbarmachung bis genozidaler Ermordung von einer unfassbaren Anzahl von Menschen mittels des Spritzenregimes, das so schnell wie möglich komplett gestoppt und aufgeklärt werden muss. Und alles nur, um irgendwie »ganz vorne«, also »ganz oben« zu bleiben? – oder ist doch alles vergleichsweise harmlos, und, wie mir ein Linkspartei-Anwalt 2021 weismachen wollte, gehe es bei den Spritzen doch nur um ein globales Hilfsnetzwerk und das Bedingungslose Grundeinkommen. Warum dann aber die nachweislich schädlichen Inhaltsstoffe und all die Lügen?

VERFOLGUNG DES UNGLÜCKS

Die durchaus umstrittene »Verfolgung des Glücks« des einzelnen Menschen (»American Way«) muss dabei »ein paar Jahre« zurückstehen, wie auch der treue US-Soldat und Bundespräsident (2012 - 2017) Joachim Gauck einräumte. Es kann für uns jedenfalls nur eine »Demokratie« und ein »bestes Deutschland, das es jemals gegeben hat« (Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier) geben – und das ist identitär mit diesen Leuten selbst verbunden (Gesundheitsminister Karl Lauterbach: »Ich bin jetzt eure Mutter!«). Allein, es werden immer weniger und weniger. Die Macht stützt sich bald nur noch auf einen Medienapparat und nicht einmal mehr auf die untere und mittlere Ebene der Institutionen. Kommt bald der Robocop-Dog?

Schon wird angekündigt, im Zuge des »Kampfes gegen Rechts« (wie gesagt, früher war es der »Kampf gegen Links«), unliebsamen Parteien und vielen Millionen von Demokraten in der BRD das Leben schwer zu machen. Es klingt beim Thema »DIE Demokratie« immer mehr durch, dass das Regime – im Fall der Fälle – wohl den Bundestag »dichtmachen« würde. Dies nach all den bereits evidenten Verbrechen, der De-facto-Gleichschaltung von Justiz und Medienkonzernen, den Grundgesetzbrüchen und Menschenrechtsverletzungen. Damit wäre dann das, was wir ohnehin schon wissen, auch äußerlich verwirklicht: Die Beendigung auch noch der letzten Reste der Demokratie durch hochbezahlte parasitäre »Parteidemokraten« und Teile ihrer sich als Demokratie-identitär gerierenden, schwerbewaffnteten Schutzmacht.

Doch die Demokraten der Welt lassen sich nicht mehr unterdrücken. Wir wollen raus aus diesem Todesgriff aus dem Abgrund

➔ Fortsetzung auf Seite 14



Das Letzte – von Anselm Lenz

SEHR GEEHRTE DAMEN NICHT MINDER GESCHÄTZTE HERREN, HALLO KINDER!

Als Gründer der neuen Friedens- und Demokratiebewegung haben mein Kollege Hendrik Sodenkamp und ich so Einiges erduldet, uns der lieben gemeinsamen Sache wegen bis zur Selbstverleugnung zurückgestellt. Das war sowohl Prinzip als auch Strategie. Dennoch: Schon früh wurde versucht, uns auch intern »madig« zu machen.

Zunächst hatte das Zentrum des politmedialen Packs vermutlich den eigenen Lügen geglaubt: Die Bewegung bringe allenfalls mal »20.000« – ein paar Irre, Mondsüchtige und Rechte – auf die Straße und der DW sei allenfalls ein Blättchen, eine Art Flugblatt, das alsbald verschwünde. Als dem Lügenregime klar wurde, wie riesengroß die neue Bewegung und ihre Zeitung ist, wieviel Substanz wir haben, wieviel Unterstützung und Auflagenzahlen teils höher als die BamS, ging ein Kesseltreiben auf allen Ebenen los, dem wir bislang immer wieder entschlüpfen konnten. Wir liefern ab, man reiche uns bitte mal das Wasser, und wir weichen nicht.

NEUER TERROR IM ANMARSCH

Auch im Kleinen – nur ein Beispiel von Zehntausenden: Zuletzt versuchte eine überbezahlte Pro-Familia-Beraterin, meinen Elterngeldantrag zu verhindern. Ich habe zwei kleine Kinder unter zwei Jahren im Haus, die Formulare sind hochkompliziert, sogar Behördenprofis raten dazu, das mit eigens spezialisierter Unterstützung auszufüllen. Aber die Dame brachte ihre Aufgabe absichtlich nicht zu Ende und denunzierte mich hintenherum und zielgerichtet, damit ich diesen Antrag auch in keiner anderen Stelle zu Ende brächte – dabei unterschätzend, dass wir schon ein Büro weiter »unsere« Leute aus der neuen Friedens- und Demokratiebewegung sitzen haben, die uns warnen. Sollte man den Fall hier mit Namen und Foto einmal breit bekannt machen?

Jedenfalls: Wir Demokraten sind überall. Deshalb wissen wir auch, dass man uns nochmal auf allen Ebenen angreifen wird – ich gebe zu, ich habe manchmal Angst um Leib und Leben meiner Liebsten, aber das soll ich ja auch, das Regime will das. Bevor man mich »wegmacht«, wollen sie (es sind nicht nur Strukturen, sondern Entscheidungen treffende einzelne Leute am Werk) »geschickterweise« zuerst am Boden und pleite sehen. Auch das wissen wir aus gut abgesicherten Quellen. – Helfen Sie uns, nicht aufgeben zu müssen! Das können Sie durch Jahresabonnements mit denen wir planen können (verschenken!) und mit Spenden für Crowdfunfung und Prozesskosten. Hinweise dazu auf Seite 2 unten links sowie unter demokratischerwiderstand.de.

Hochachtungsvoll herzlich
mit solidarischen Grüßen,

Anselm Lenz
Journalist, Verleger, Gründer der neuen Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020

Fortsetzung von Seite 13 | Von Anselm Lemz

und in eine Welt des Friedens und der Verständigung aufbrechen. Dieser Weg verläuft zunächst über die nationale Befreiung und eine Neubegründung internationaler Verständigung, durchaus des Internationalismus im alten Wortsinne, ohne parasitäre Strukturen, die uns bis zum Geht-nicht-mehr ausnehmen, herumschubsen und an der Nase herumführen. Ein zentralistischer Weltstaat kommt nicht in Frage, eine absolut gesetzte EU nur nach erfolgreichen Volksabstimmungen, die USA haben den Anspruch des gerechten Welthegemons leider verspielt. Und so hat die neue Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020 auch einen klaren, handhabbaren und realistischen Fünf-Punkte-Plan, hier und für uns (siehe Seite 2 u.l.).

MEHR MITEINANDER

Was also tun? »Das mehr Miteinander«, das Wagenknecht in ihrem Buch fordert, verläuft über den »eigenständigen Weg«, den sie ebenfalls anspricht – und vor allem nicht über Unterdrückung, Zensur, Lüge und Lieferung von Waffen in Kriegsgebiete. Die neue Wagenknecht-Lafontaine Partei (oder Wahlliste), an der sich auch die bekannten Universitätsprofessorin Ulrike Guérot beteiligen wird, hat nur dann eine Chance, wenn sie bei der Wahrheit beginnt. Da gilt es, von Robert F. Kennedy (und uns?) zu lernen. Man kann darüber diskutieren, ob 9/11 und die darauffolgenden Aggressionskriege und Beutezüge das wichtigste Thema sein müssen, oder ob es nicht Aufgabe einer echten US-amerikanischen Zivilgesellschaft ist, dieses Problem aufzuklären.

Beim Einsatz für den Journalisten Julian Assange kann es kein Vertun geben. Bei der bedingungslosen Wahrheit und Aufarbeitung zum Corona-Regime ebenfalls, es gilt hier, weitere Menschenleben zu schützen. Eine »ökologische Transformation« ergibt durchaus Sinn, wenn sie zum Beispiel weitere Kriege um die Ressource Öl verhindert und nicht die Armen ins Elend stürzt. Die Wirtschaftskrisen sind in der Verantwortung der alten Eliten, nicht in unserer. Es sollte deren finale Krise sein und danach Politiker wie Sanders, Corbyn, Mélonchon und Wagenknecht endlich nach oben bringen. Das geht in Deutschland Stand heute nicht gegen die AfD, aber mit ihr. Die Selbstdeligitimierung des Staatsapparates durch deren Vorgänger kann nur mit einer Verfassungserneuerung inklusive Volksentscheiden in allen grundlegenden Fragen (Nato-Bündnis? Waffenlieferungen? Währung,? Brüssel-Staat?) überwunden werden.

BITTE KEINE VERARSCHUNG

Schlichtweg. Die neue Partei darf keine »Verarschung« sein. Sie muss meines Erachtens sofort an die demokratische Wurzel gehen. Das ist durchaus nicht »radikal« im neuen medial aufgepfropften Sinne, sondern notwendig. Sie muss übergangsweise eher Listencharakter haben der im Parteistatut zeitlich begrenzt werden kann. Aber eine Unterwanderung wie im Falle der Partei Die Linke durch PR-Agenten, Milchkaffee-Wokeys und Fake-Neokommunisten-Styler darf nie wieder geschehen. Die neue Liste kann durchaus klarmachen, dass sie »links« ist, aber dass der Begriff verbraucht ist.

Es muss mit einer echten Analyse beginnen, der Vermessung der Welt. Das Ziel kann nur wahrhaft gewerkschaftlich sein: Drastische Regelarbeitszeitverkürzung, Lohnerhöhungen, Familienfreundlichkeit, exquisite Bildungsmöglichkeiten ohne Drittmittelzwang, Kulturproduktion, Kappung der Konzern- und Oligarchenmacht, Auskehrung der Lobbys, radikale Kürzung der fürstlichen Gehälter in Staat und Medien und Anbindung an den Durchschnittslohn. Und all dies auf nationaler Ebene.

DW-HERAUSGEBERIN WAGENKNECHT

Was hat es nun mit der Herausgeberschaft Sahra Wagenknechts für diese Zeitung zu tun. Nun, bekanntermaßen sind der Journalist, Verleger und Theaterdramaturg Hendrik Sodenkamp und ich seit Jahren, mehr seit als zwei Jahrzehnten, in direkten und indirekten Kontakten mit den führenden Intellektuellen Deutschlands, Europas und darüber hinaus. Dazu zählt auch die von uns sehr geschätzte Persönlichkeit Sahra Wagenknecht. Ich habe den Eindruck: Sie ist so etwas wie die letzte (oder vorletzte) friedliche Hoffnung für ein demokratisches, freies und soziales Deutschland, wenn sie sich wirklich dazu aufmacht.

Wir haben sie zur Herausgeberin ernannt – nicht als Parteipoitikerin, sondern als Buchautorin und bewunderte Anführerin und – im besten Sinne! – als Volkstribunin. Ich gebe zu: Ich habe im Deutschland der Gegenwart Angst um Leib und Leben meiner Kinder, meiner Frau, meiner Mitstreiter, der Menschen insgesamt und meiner selbst. Ich möchte vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen am 8. Oktober 2023 und den darauffolgend zu erwartenden neuen Terror-, Verfemungs- und Zensurattacken auf uns und die gesamte neue Friedens- und Demkratiebewegung wissen, woran ich bin. Wird die neue Liste Wagenknecht zumindest zum Teil deren Sprachrohr und Schutzmacht? Wird sie sich der Partei Die Basis und eventuell der AfD öffnen (denn nur dann ist eine strukturelle Veränderung zumindest graduell möglich). Wird sie sich zuallermindest als unsere Schutzmacht anbieten?

Oder wird sie das nächste Parteiprojekt wie »Die Linke«, das sich nach langem Anlauf als Müllschlucker-Installation des Regimes zur Resteverwertung von KPD, SED, PDS, WASG, USPD und allem drum und dran erwiesen hat? Mir tut die aktuelle Linken-Vorsitzende Janine Wissler, die ich persönlich kenne (oder kannte), einfach nur noch Leid. Sie ist absichtlich auf dem Posten für die Corona-Lüge und die US-Abwicklung Westeuropas, insbesondere der BRD, verheizt worden – und mit ihr die Partei. Damit ist auch klar: Nicht Wagenknecht hat die Linkspartei zerstört, Wagenknecht und Lafontaine ist (wie zuvor auch Corbyn, Sanders und so weiter) der Laden mit kompromittierten beziehungsweise, im Falle Wisssler, kompromittierbaren Kräften geflutet worden.

Zurück zur Sache, uns geht es um die Bewegung und deren Zeitung: Für uns ist die, zugegeben: abrupte, Nenn-Herausgeberschaft Wagenknechts auch eine Probe aufs Exempel, zu der wir mit Wagenknecht und ihren Mitarbeitern in direktem Kontakt stehen. Sie läuft nach fünf Ausgaben aus, danach tritt unser Kollege Russell Brand in die Herausgeberzeile. Wird Wagenknecht uns verklagen oder wird sie sich uns, wie Ulrike Guérot, die uns ein großes Exklusiv-Interview fest zugesagt hat, öffnen, uns ein Zeichen der zumindest journalistischen Verständigungsmöglichkeit senden?

Wir sind zu erwachsen, zu gut, zu kompetent, zu groß und trotz aller Folter und Vernichtungsabsicht (?) von Teilen des BRD-Gesamt-Apparates zu selbstsicher, um uns nochmal »auf gut Glück« einem Hoffnungsträger unterzuordnen. Wenn Wagenknecht für die neue Friedens- und Demokratiebewegung für unseren Teil in irgendweiner Weise relevant werden soll, möchten wir eine Einladung zum Gespräch. Wir brauchen nicht viel und wir haben auf ganzer Linie Recht. Nun ist die Frage, ob wir die größten Lügen der Menschheitsgeschichte auch politisch angehen – und mit wem. Auf Einladungen der AfD für Landesparlamente und möglicherweise sogar den Bundestag zu kandidieren, gingen wir bislang nicht ein, weil es uns um die Überparteilichkeit der Sache und unsere Arbeit als Journalisten, Verleger und Aufklärer ging. Aber wenn uns das kaputtgemacht wird, dann werden wir – ganz und gar »befreit« von unseren Berufen – voll in den politischen Kampf gehen können – für die überparteiliche neue Friedens- und Demokratiebewegung seit 28. März 2020. Denn so geht es nicht weiter, dieses Regime ist am Ende. Wer steht am neuen Anfang? Sind Sie es, Sahra Wagenknecht? Und sind Sie für uns da? Oder zumindest nicht gegen uns?

UMFRAGE

Sodenkamp&Lenz: Verfemung, Verbotszonen f. Literatur, Terror, 12 auf parteipol. Weisung geschl. Konten, lügende Richter, Haft, Folter, Einschüchterg: Das hatten wir. – Was meinen Sie, womit traktiert uns das neofaschistische Regime als nächstes?

Anonyme Umfrage

5%	Miese erfundene oder tlw. erfundene Frauengeschichten
1%	Miese erfundene oder tlw. erfundene Männergeschichten
9%	Noch weitaus miesere erfundene Sexvorwürfe
24%	Erfundene Geschichten von Kriminalität. Der Politklassiker: Die Steuererklärung
6%	Erfundene Geschichten von Kriminalität. Die harte Tour: Gangs, Drogen, Rituale
10%	Erfundene Geschichten von Kriminalität: Schmuggel, Auslandskontakte, verrückter Kram
8%	Zum vermeintlichen Verbrechen stilisierte Probleme: Geld, Knöllchen, Beziehungen, Problemwichtel
11%	"Ein faires Angebot, das Du leider nicht ablehnen kannst, mein Freund."
15%	Tragischer Unfall / Mord
11%	Nix da! Die Repression ist vorbei. Ihr kriegt jetzt Ruhe – und bald hohe & höchste Auszeichnungen!

DW-Online-Umfrage am 26. Juli 2023 mit 567 Stimmen.

Hin Da!
KULTURKALENDER

23.09.2023 • Annweiler; Restaurant s'Reiwerle, Flitschberg 7, 76588 Annweiler • VORTRAG • »Corona-Täter« von Ralf Ludwig • Einlass ab 17:00 Uhr • Eintritt frei, Reservierung unter 06346 929362

23.09.2023 • Templin; Seniorenlandsitz „An der Buschheide", Dargersdorfer Str. 123, 17268 Templin • VORTRAG • »Nur durch Frieden bewahren wir uns selber. Die Bergpredigt in der Zeitenwende« von und mit Dr. Eugen Drewermann • 19:00 Uhr, Einlass ab 17:15 Uhr • Voranmeldung in Form einer Überweisung von mindestens 5€ auf das Konto des FEBiD e.V., Volksbank Uckermark GENODEF1PZ1, IBAN: DE59 1509 1704 0121 8687 09

24.09.2023 • Frankfurt am Main, genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG • »Krisen-Tsunami« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

25.09.2023 • Bad Dürkheim; Salierhalle, Kurbrunnenstr. 32, 67098 Bad Dürkheim • VORTRAG • »Krisen-Tsunami« von Ernst Wolff • 19:00 Uhr, Einlass ab 18:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru

30.09.2023 • Kempten; Smoove Bar, Gerberstr. 33, 87435 Kempten • KABARETT • »Lügen und Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 20:00 Uhr • Tickets unter kabarett-musik.de

03.10.23 • Oberlungwitz; Ankerberg, Goldbachstr., 09353 Ankerberg • FREILUFT VORTRAG • »Ohne Gott geht die Welt bankrott« von Peter Hahne • 14:00 Uhr • Eintritt frei, Spende erbeten

05.10.2023 • Bad Steben, Kursaal, Badstr.31, 95138 Bad Steben • KABARETT • »Lügen und Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 20:00 Uhr • Tickets unter kabarett-musik.de

06.10.2023 • Rheinau-Freistett, Kultur im Stall, Kronenstr. 33, 77866 Rheinau-Freistett • KABARETT • »Lügen und Wahrheiten« von und mit Uli Masuth • 20:00 Uhr • Tickets unter kabarett-musik.de

14.10.23 • Hamburg; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG/ DIALOG • »Angst essen Freiheit auf!« von Kayvan Soufi-Siavash • 18:30 Uhr – 21:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru, Infos: soufisticated.net

20.10.23 • München; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • VORTRAG/ DIALOG • »Angst essen Freiheit auf!« von Kayvan Soufi-Siavash • 19:00 Uhr – 22:00 Uhr • Tickets: 27€ unter krasser.guru, Infos: soufisticated.net • AUSVERKAUFT

21.10.23 • München; genauer Ort wird noch bekannt gegeben • WORKSHOP • »Angst essen Freiheit auf!« von und mit Kayvan Soufi-Siavash • 10:00 Uhr – 17:00Uhr • Tickets:180€ unter krasser.guru, Infos: soufisticated.net

22.10.23 • Rosenheim; Kulturkongress, Kufsteiner Str. 4, 83022 Rosenheim • COMEDY-SHOW • »Spitze Zungen oder: Ist Satire noch erlaubt?« mit Lisa Fitz, Uwe Steimle, Marco Rima und anderen • Einlass ab 18:00 Uhr, Beginn 19:00 Uhr • Tickets ab 39€ unter friedensweg.ticket.io

26.10.23 • Würzburg; Congress Centrum, Pleichertorstraße, 97070 Würzburg • VORTRAG • »Warum haben wir Krieg in Europa?« von Daniele Ganser • 19:30 Uhr • Tickets: 29€ unter friedensweg.ticket.io

27.10.23 • Osterhofen; Hambacher Kulturförderverein e.V./ Donaucenter Schubert, Donau-Gewerbepark 24, 94486 Osterhofen • VORTRAG • »Warum haben wir Krieg in Europa?« von Daniele Ganser • 19:00 Uhr • Tickets:: 39€ unter friedensweg.ticket.io

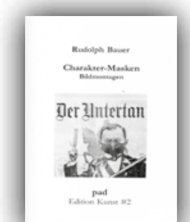
28.10.2023 • Wasserburg am Inn, genaue Adresse wird noch bekannt gegeben • KONFERENZ • »Für den Frieden« mit Eugen Drewermann, Silke Schäfer, Ulrike Guérot, Hans-J. Maaz und Musik von und mit André Krengel (Gitarre) • 10:00 Uhr-19:00 Uhr, Einlass ab 9:00 Uhr • Tickets: 99€ unter krasser.guru

01.07.-31.10.2023 • Berlin; unterschiedliche Orte und Zeiten • DJEMBE KURS • «Resonanz und Rhythmus für den Fluss des Lebens« Ali Wagner gibt Trommelkurse in der Gruppe ab Juni 2023 • 10€ pro Person pro Stunde • Information und Anmeldung unter 01520 6585133, wichowaka@outlook.de

Wenn wir Ihre Veranstaltung ankündigen sollen, schreiben Sie eine E-mail an *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* Aktuelle Hinweise gibt es im Newsletter über *https://nichtohneuns.de*

DW-EMPFEHLUNGSLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich.
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



CHARAKTER-MASKEN
Bildmontagen
Rudolph Bauer

Pad-Verlag, bestellbar auf
demokratischerwiderstand.de



THE GREAT WESET
Alternativen in Medien und Recht

Walter von Rossum
Massel Verlag
ISBN: 978-3-948576-06-6



DIE CORONA-VERSCHWÖRUNG
Wie Milliardäre, Politiker und Staatsdiener wissentlich und willentlich Freiheit und Gesundheit ausradierten
Brigitte Röhrig, Rubikon-Verlag
ISBN: 978-3967890426



DAS KONSPIRATIONISTISCHE MANIFEST.
Anonym
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-9-1



WIE ICH MEINE UNI VERLOR
Dreißig Jahre Bildungskrieg.
Bilanz eines Ostdeutschen
Michael Meyen
Edition Ost
ISBN: 978-3-89793-377-4



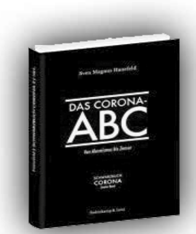
CHRONIK EINER ABRECHNUNG.

Flo Osrainik
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-7-7



KLEINES ERSTE-HILFE-BÜCHLEIN GEGEN PROPAGANDA

Caitlin Johnstone
Westend Verlag
ISBN: 9783864894282



DAS CORONA-ABC:
Von Alarmismus bis Zensur
Schwarzbuch Corona Band II
Sven Magnus Hanefeld
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-6-0



VERHÄNGNISSVOLLE FREUNDSCHAFT
Wie die USA Europa eroberten, Erste Stufe: Vom 1. zum 2. Weltkrieg
Werner Rügemer
PapyRossa-Verlag
ISBN: 978-3-89438-803-4



DIE CORONA-LITANEI –
Gedichte gegen die verordnete Verödung des Lebens
Dr. Werner Köhne
Sodenkamp & Lenz Verlagshaus
ISBN: 978-3-9822745-8-4



MEDIENAUFSICHT ALS FARCE

KOLUMNE MEDIEN

von Prof. Michael Meyen

Die Drehtüren zwischen Medienkonzernen, Politik und Kontrolleinrichtungen sind so gut geölt, dass das Publikum gar nicht merkt, wer den Raum des Sagbaren absteckt, und oft nicht einmal weiß, dass wir das alles auch noch selbst bezahlen.

Du musst endlich über die Landesmedienanstalten schreiben, sagte mir ein Kollege dieser Tage. Wahrscheinlich hatte ich ein Fragezeichen zu viel im Gesicht. Er hat gar nicht mehr aufhören wollen. Die Aufsicht über die Privaten, du weißt schon, Michael. *RTL*, *ProSieben* und so weiter. Alles von unserem Geld.

Ich dachte: 35 Cent, okay. Ein kleiner Teil des Rundfunkbeitrags, der jeden Monat an Behörden geht, die niemand vermissen würde – außer Parteien und Unternehmen, die gern mit Posten winken und außerdem jemanden brauchen, der den großen Redaktionen Persilscheine ausstellt, die kleinen Blogger jagt und das alles mit Studien untermauert sowie mit Kursen zur Medienkompetenz.

In meinen Vorträgen über Zensur bekommen die Landesmedienanstalten eine Minute, weil der Medienstaatsvertrag aus diesen Häusern Zensuranstalten gemacht hat und weil an ihrer Spitze Parteisoldaten stehen – Marc Jan Eumann von der SPD zum Beispiel, der Staatssekretär in NRW war, bevor er 2018 Direktor der Medienanstalt Rheinland-Pfalz wurde. Ich kenne die Magisterarbeit, die Eumann kaum verändert als Dissertation eingereicht hat, und die Farce, die ihm trotzdem seinen Doktortitel ließ. Seit Ende 2020 dürfen solche Eumänner entscheiden, ob jemand die journalistische Sorgfaltspflicht verletzt hat, und dann Strafen verteilen.

Den letzten Anstoß zu diesem Text gab eine Personalmeldung: Die Landesanstalt für Medien NRW bekommt eine neue Vizedirektorin. Die meisten werden weder Petra Gerlach kennen noch ihren Chef Tobias Schmid. Es geht mir auch gar nicht um diese beiden Funktionäre, sondern um das Prinzip. Gerlach und Schmid waren vorher jeweils bei *RTL* und dort praktischerweise für Medienpolitik zuständig. Jetzt beaufsichtigen sie die, die sie vorher bezahlt und trainiert haben. Die Pointe muss ich wahrscheinlich gar nicht ausformulieren. Macht der Mafiaboss, der ein paar von seinen Leuten zur Polizei schickt und ein paar in die Regierung, auch nicht.

Michael Meyen, geboren 1967 auf Rügen, ist Diplom-Journalist und Professor für Kommunikationswissenschaft in München.



MACHT UND CHARAKTER

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

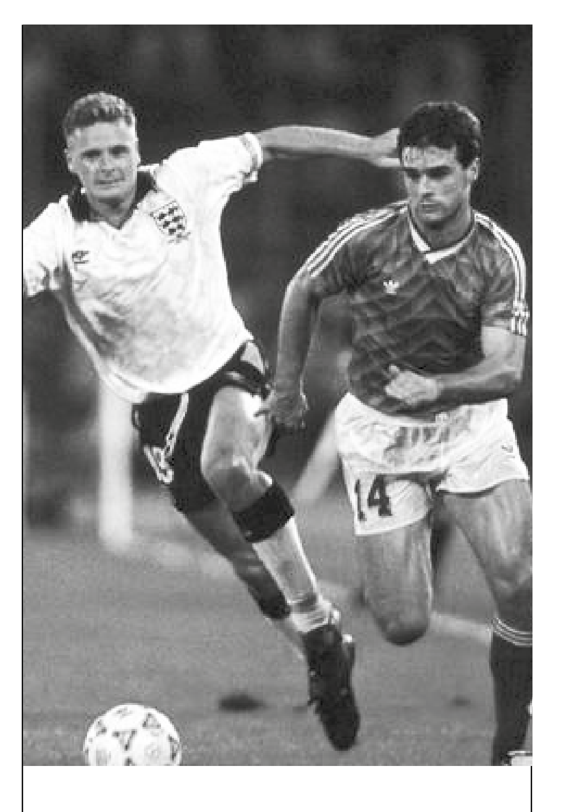
Von Dr. Günther Riedl

In den letzten Jahren fühlten sich viele berufen, privat die Einhaltung der Hygienemaßnahmen zu überwachen. Verkäufer und Kellner wurden offiziell zu Kontrolleuren von Bescheinigungen und Impfpässen. Manche Schulleitungen verweigerten die Anerkennung von Maskenbefreiungen. Wenn Ärzte Charakter zeigten und Menschen von Zwängen befreiten, kam es wie in meinem Fall zu Verfolgung durch Kollegen, Schulleitungen, Ärztekammer, Polizei, Staatsanwaltschaft – und schließlich zu Prozessen.

Meine letzter war Ende August und zeigte, dass Macht immer mit Handlungsspielraum verbunden ist. Zwar blieben Staatsanwalt und Richterin in der Beurteilung meines Tuns linientreu: Obwohl auf meinen Attesten nichts Unrichtiges stand, schon gar nicht zum Gesundheitszustand eines Menschen, ich (außer bei Schülern) keine Zweckbestimmung benannte und nach bestem Wissen bescheinigte, dass die Maske die Atemfunktion einschränkt, wurde ich verurteilt. Ich soll unrichtige Zeugnisse über den Gesundheitszustand von Menschen wider besseres Wissen ausgestellt haben und hätte vorgesehen, dass diese bei Kontrollen durch die Polizei vorgelegt würden. Davon rückten sie nicht ab, um meine Tätigkeit in Paragraph 278 des Strafgesetzbuchs zu pressen, der dafür seit der Coronamaßnahmen-Krise missbraucht wird. Die Justiz weiß, was von ihr erwartet wird und ist in ihrer Beurteilung nicht frei. Was aber die Verurteilung betrifft, so zeigten sie sich von einer anderen Seite. Waren im April 2022 in der Erstverhandlung 120 Tagessätze (zu 70 Euro) noch definitiv verhängt worden, so sprach der Staatsanwalt nun plötzlich von einer Verwarnung. Die Richterin pflichtete ihm bei, und ich erhielt eine Geldstrafe auf Bewährung: 18 Monate darf ich keine weitere Straftat begehen ... Neu war auch, dass nur 90 Tagessätze (zu 50 Euro) festgesetzt wurden, was knapp unterhalb einer Vorstrafe liegt.

Im Jakobusbrief Kap. 2,13 steht: »Es wird ein unbarmherziges Gericht über den ergehen, der nicht Barmherzigkeit getan hat; Barmherzigkeit aber triumphiert über das Gericht.« Dank an alle Beter und Dank an Gott, der meinen Auftrag gut hinausführte! Dank den vielen Freunden, die nach dem ersten Urteil das geforderte Geld binnen Wochen zusammenlegten! Nun fällt es nicht der Staatskasse anheim, sondern ich darf es an Menschen in Not weitergeben. Wir alle haben privat und beruflich eine gewisse Macht und können darin Charakter beweisen, was uns auch vorbereitet auf die Zeit, wenn die WHO ihre Spielchen fortsetzt. Jetzt ist die Zeit, uns zu vernetzen und einander zu stärken – und Barmherzigkeit zu üben.

Dr. Günther Riedl, 30 Jahre, Kinderarzt in Uelzen, seit 2020 Öffentlichkeitsarbeiter gegen den Strom.



SPORT MIT BERTHOLD

WIE REAGIERTEN DIE ALTEN REDAKTIONEN?

DW-Autor Thomas Berthold spricht bei »Apolut im Gespräch« über sein Ende bei der *Bild* und den Wechsel zur Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand*: »Die erste Reaktion kam von der *Bild*-Redaktion. Da kam aus der Zentrale dann ein Anruf nach Frankfurt. Frankfurt ist, glaube ich, nach Hamburg deren zweitgrößter Redaktionsstandort.

Dann gab es einen Anruf der Chefredaktion bei mir, ich glaube, es war schon auf der Rückfahrt von der Demonstration in Stuttgart. Es war noch am Samstagabend oder dann am Sonntag, auf jeden Fall auf der Rückfahrt. Sie sagten, das ginge ›von ihrer Ethik und ihrer Moral‹ und bla-bla-bla nicht, und wir müssten nun sofort die Zusammenarbeit beenden.

Da habe ich nur gesagt, ›also Männer, ihr kennt mich jetzt so viele Jahre, wir hatten eine schöne Zeit, und dass ich mit der rechten oder linken Schublade nichts zu tun habe. Aber wenn das eure Entscheidung ist, dann wird das von mir akzeptiert – und Ende‹.

Mit den TV-Sendern und der Fernsehkarriere war es vorbei, weil ich eben so in die Ecke gestellt wurde. Das lief eher darüber ab, keine Einladungen mehr zu bekommen. Das eine oder andere Gespräch gab es aber noch...«

Das ganze Gespräch ist aktuell zu sehen auf Apolut.net.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



Es ist, als würde die Seite 15 der Wochenzeitung Demokratischer Widerstand miteinander live im Gespräch sein: In der aktuellen Ausgabe der hochwertigen Talkshow »Apolut im Gespräch« sprechen die DW-Autoren Professor Michael Meyen und Weltmeister Thomas Berthold (r.) miteinander zu den großen Themen. Bildausschnitt: Apolut.net

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

»HOFFNUNG IST VIEL ZU PASSIV. … EN WILLEN«
LEONARD COHEN

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*